



Foto: pikselstock / Adobe Stock

Vor vier Jahren kam der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff. Seither nahm die Zahl der zu Hause gepflegten Personen um 27 Prozent zu. Von der versprochenen Reform der Bundesregierung bleibt nicht viel übrig

Die Pflege verdient mehr Beachtung

Über vier Millionen Menschen in Deutschland sind auf Pflege angewiesen. Eine Reform versprach ihnen unter anderem bessere Leistungen und finanzielle Entlastung. Das war 2017 eines der zentralen Vorhaben der Großen Koalition. Nun droht es endgültig zu scheitern. Denn bisher liegt lediglich ein vager Arbeitsentwurf für die dringend benötigte Pflegereform vor. Und der, so SoVD-Präsident Adolf Bauer, ändere leider nichts an dem Armutsrisiko Pflege.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) kündigt im Internet noch immer vollumgehend eine umfassende Pflegereform an: „Die Löhne für Pflegekräfte sollen erhöht, Leistungen für die Pflege zu Hause verbessert und die Pflegekosten für Heimbewohner gedeckelt werden.“ Die Wahrheit ist jedoch, dass selbst innerhalb der Koalition niemand mehr mit einem Ergebnis vor der anstehenden Bundestagswahl rechnet. Zu lange dauert das parlamenta-

rische Verfahren, für das bisher ohnehin nicht einmal ein Gesetzentwurf vorliegt. Allein ein Arbeitsentwurf machte bisher Details zu einer möglichen Reform bekannt (siehe Soziales im Blick 4/2021, Seite 3).

Pflege darf Menschen nicht in die Armut führen

Der SoVD fordert seit Langem spürbare Erleichterungen für Pflegebedürftige. Deren finanzielle Belastung etwa für die stationäre Altenpflege stieg zuletzt

auf durchschnittlich 2.068 Euro im Monat. Darin enthalten ist neben den Kosten für Unterkunft und Verpflegung auch ein für jede Einrichtung einheitlicher Eigenanteil. Dieser liegt derzeit bundesweit im Durchschnitt bei 831 Euro und würde sich nach den aktuellen Plänen des Gesundheitsministeriums erst im zweiten Jahr der Pflegebedürftigkeit reduzieren. Das aber ist nach Meinung des SoVD viel zu spät, um die Betroffenen wirk-

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Sicherheit für ein aktives Leben.

Als Mitglied im Sozialverband Deutschland e.V. erhalten Sie exklusive Konditionen

5%
Rabatt
inkl. MwSt.

Die ERGO Unfallversicherung sorgt dafür, dass Ihre Lebensqualität auch nach einem schweren Unfall erhalten bleibt. Mit finanziellem Schutz und persönlicher Beratung. Unsere Unfallversicherung „Smart“ oder „Best“ können Sie ganz einfach um individuelle Bausteine erweitern.

Interesse? Dann melden Sie sich!
ERGO Beratung und Vertrieb AG
ERGO Ausschließlichkeits-Organisation/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)

ERGO



Blickpunkt

Lange wurde in Deutschland über die sogenannte Notbremse diskutiert. Im Bundestag fanden hierzu auch der SoVD und andere Verbände Gehör. Das ist gut so, denn eine Mehrheit der Menschen in unserem Land wünscht sich nachvollziehbare, bundeseinheitliche Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Wir alle sind die Einschränkungen durch das Coronavirus leid und wünschen uns nichts sehnlicher als etwas Normalität in unserem Alltag.

Wie sehr muss das erst für die Menschen in stationären Einrichtungen gelten? Sie lebten lange Zeit in Angst. Ganz bewusst sollte daher die Impfkampagne die Schwächsten unserer Gesellschaft zuerst schützen. Es gelang leider nur unzureichend. Fast jedes zweite Corona-Todesopfer war in einem Pflegeheim zu beklagen.

Inzwischen sind die meisten Pflegebedürftigen geimpft. Ein Mehr an Lebensqualität verspüren sie dennoch nicht, denn die Besuchsbeschränkungen gelten

für sie vielfach immer noch. Viele alte Menschen leiden darunter bereits seit über einem Jahr. Sie leben isoliert. Hier sind die Bundesländer in der Pflicht, die geltenden Schutzverordnungen für Heime nach Erreichen des vollen Impfschutzes wieder zu lockern. Eines ist mir wichtig: Für die Betroffenen und ihre Angehörigen geht es dabei nicht um Sonderrechte, sondern um die Rücknahme einer Benachteiligung.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident

Armut bleibt eine Realität

SoVD nimmt Stellung zu Bericht der Bundesregierung
Seite 3



Bundestagswahl: Teilhabe für alle

Barrierefreiheit soll Mitwirkung sicherstellen
Seite 5



Nullrunde für viele ein Problem

Im Corona-Jahr steigen die Renten nicht an
Seite 4



Keine höhere Ausgleichsabgabe

Auf dem Arbeitsmarkt bleibt Inklusion schwierig
Seite 8



Was im Leben wirklich zählt

Schauspielerinnen Senta Berger wird 80 Jahre alt
Seite 24



Von der versprochenen Reform der Bundesregierung bleibt nicht viel übrig

Die Pflege verdient mehr Beachtung

Fortsetzung von Seite 1

sam vor einem pflegebedingten Armutrisiko zu schützen.

Pflegebedürftige werden überwiegend privat betreut

In einem Heim lebt derzeit jede*r fünfte Pflegebedürftige. Der weitaus größte Teil von ihnen (80 Prozent) wird jedoch zu Hause versorgt. Pflegenden Angehörige warten daher sehnsüchtig auf die von der Koalition versprochenen Verbesserungen. Tatsächlich aber könnte sich deren Situation sogar noch verschlechtern. Denn aus dem bisher bekannten Entwurf geht hervor, dass ausgerechnet die Verhinderungspflege stark eingeschränkt werden soll.

Budget soll Angehörigen eine Auszeit ermöglichen

Bei dieser Variante übernimmt ein*e Außenstehende*r stundenweise die Betreuung der zu pflegenden Person zu Hause, um die Angehörigen in dieser Zeit zu entlasten. Für die Verhinderungspflege stellen die Pflegekassen derzeit bis

zu 1.612 Euro pro Jahr bereit. Aufgestockt werden kann dies noch einmal um die Hälfte aus Mitteln für die Kurzzeitpflege. Diese bezeichnet die Unterbringung der zu betreuenden Person in einer stationären Einrichtung für einen begrenzten Zeitraum. Insgesamt steht somit ein Be-



Foto: Alliance / Adobe Stock

Ob privat oder professionell: Pflegenden hoffen inständig auf politische Reformen.

trag von 2.418 Euro pro Jahr zur Verfügung, der bisher flexibel eingesetzt werden kann.

Höherer Betrag mit deutlich weniger Spielraum

Mit der geplanten Pflegereform soll es künftig ein Gesamtbudget aus Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege in Höhe von insgesamt 3.300 Euro geben. Das klingt gut, hat aber einen entscheidenden Haken. Denn von diesem Betrag dürften künftig nur noch 40 Prozent für die Verhinderungspflege verwendet werden. Das wären mit 1.320 Euro deutlich weniger als die bisherigen 2.418 Euro.

Entlastung bei der Pflege ermöglicht Teilhabe

Diese Regelung stößt beim SoVD auf Kritik. Damit Pflegebedürftige und Angehörige die Mittel entsprechend ihrer persönlichen Situation verwenden können, sollte das Budget möglichst flexibel sein. So lässt sich Pflege besser mit Erwerbsarbeit vereinbaren sowie mehr gesellschaftliche Teilhabe erreichen.



Foto: Peter Atkins / Adobe Stock

Das Leben in einem Pflegeheim ist kostspielig. Trotz Zuschüssen aus der Pflegeversicherung verbleibt ein hoher Eigenanteil.

Auf Verbesserungen warten jedoch nicht allein pflegende Angehörige. Der Mangel an Fachkräften zeigt sich infolge der Pandemie immer deutlicher auch in Krankenhäusern sowie in Alten- und Pflegeheimen. Stress, schlechte Arbeitsbedingungen und eine zu geringe Bezahlung machen die Pflege für Beschäftigte wenig attraktiv. Ändern sollte sich das

mit einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, der jedoch kürzlich scheiterte.

Für den SoVD steht fest, dass eine Pflegereform keinen Aufschub duldet. Längst liegen die Vorschläge des Verbandes hierzu auf dem Tisch. Die Bundesregierung täte gut daran, diese zu berücksichtigen und ihren Ankündigungen endlich Taten folgen zu lassen. *jos*

SoVD beteiligt sich an Bündnis und fordert unter anderem einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

Wie organisieren wir Mobilität sozial gerecht?

Die Mobilitätswende ist eine der zentralen Herausforderungen, denen sich auch der SoVD stellt. Zu diesem Zweck bringt sich der Verband in einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden und der Evangelischen Kirche in Deutschland ein. In Berlin stellte dieses zivilgesellschaftliche Bündnis nun seine Handlungsempfehlungen vor – mit einer klaren Botschaft: Die Bundesregierung muss dringend aktiv werden, um eine sozial gerechte und ökologische Mobilitätswende zu erreichen.

Es ist möglich, gleichzeitig das Klima zu schützen und die Lebensqualität von Millionen Bürgerinnen und Bürgern spürbar zu verbessern. Darin sind sich die im „Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende“ zusammengeschlossenen Organisationen einig. Zu ihnen gehören der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Industriegewerkschaft (IG) Metall, die Vereinte

Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), der Sozialverband Deutschland (SoVD), der Sozialverband VdK Deutschland, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD), der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD).

Das Bündnis fordert einen stärkeren sozialen Fokus bei der Mobilitätswende und drängt vor allem darauf, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) deutlich auszubauen. Dabei müssten soziale Dimensionen stärker als bisher berücksichtigt werden und gerade der Bereich Barrierefreiheit mehr Beachtung finden.

Umbau der Verkehrspolitik bietet vielfältige Chancen

Der Beitrag des Verkehrssektors zum Klimaschutz ist nach Überzeugung der Bündnismitglieder längst überfällig. Gleichzeitig bietet der Umbau des Mobilitätssystems die Chance, den unterschiedlichen Bedürfnissen aller Menschen im Land gerecht zu werden: ob Menschen in der Stadt oder auf dem Land, Beschäftigte mit hohem oder niedrigem Einkommensniveau, jung oder alt, gesund oder mit körperlichen Einschränkungen. Außerdem gehe es um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Mobilitätswirtschaft.

Mit ihrem Bündnis wollen die beteiligten Organisationen den gesellschaftlichen Dialog über die Ausrichtung der Verkehrspolitik konstruktiv begleiten.

Von einer Mobilitätswende müssen alle profitieren

SoVD-Präsident Adolf Bauer sagte, der Schutz der Umwelt gehe uns alle etwas an. Ein klimaschonendes Mobilitätsverhalten müsse dabei aber auch für jedermann bezahlbar sein und dürfe nicht zum Luxus werden. Bauer forderte: „Bei allen Maßnahmen müssen die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und vor allem eine gerechte Verteilung der Lasten sowie ein gleicher Zugang zu Mobilität mitgedacht werden. Nur so können wir langfristig eine Mobilitätswende erreichen, von der am Ende alle profitieren.“

In einer gemeinsamen Pressekonzferenz warnten NABU und SoVD bereits zu Jahresbeginn, dass bislang vor allem Besserverdienende finanziell von klimaschädlichen Anreizen im Verkehrssektor, wie etwa



Foto: Petair / Adobe Stock

Eine Mobilitätswende sollte das Klima schützen und mehr Lebensqualität ermöglichen.

der Pendlerpauschale, Dienstwagenprivilegien oder Kaufprämien für Neuwagen, profitieren. Das müsse sich endlich ändern. *jos*



Die Broschüre des Bündnisses Sozialverträgliche Mobilitätswende finden Sie unter: www.sovd.de/medien/broschueren.



Foto: Nady / Adobe Stock

Der zunehmende Autoverkehr in Großstädten macht deutlich, wie dringend wir etwas an unserer Mobilität verändern müssen.

SoVD nimmt Stellung zu dem Entwurf eines Berichtes der Bundesregierung

Armut bleibt gesellschaftliche Realität

In einer ausführlichen Dokumentation setzte sich die Bundesregierung vor 20 Jahren erstmals mit der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland auseinander. Dem SoVD liegt nun der Entwurf des mittlerweile sechsten Armuts- und Reichtumsberichtes vor. Eigentlich sollten diese Berichte die unterschiedlichen Lebenslagen offenlegen und die politischen Maßnahmen hinterfragen. In einer Stellungnahme zu der aktuellen Untersuchung kommt der SoVD jedoch zu dem unbefriedigenden Ergebnis, dass die in früheren Berichten festgestellte Kluft zwischen Arm und Reich weiterhin besteht und sich soziale Verwerfungen eher noch verschärft haben.

Ausdrücklich begrüßt der SoVD, dass die Bundesregierung ihre Armuts- und Reichtumsberichterstattung mit dem vorliegenden Entwurf fortsetzt. Nur so lassen sich Lösungsansätze finden, um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden. Leider werden jedoch die Bereiche zur Armut im Alter und bei Kindern nur am Rande behandelt.

Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander

Viele Ergebnisse des Berichtes sind ernüchternd. So ist etwa die Beschäftigung im Niedriglohnbereich nach wie vor alarmierend hoch – und damit auch die Ungleichverteilung der Einkommen. Der Anteil der Personen in der untersten und obersten sozialen Lage ist weiter gewachsen.

Zudem fällt es Langzeitarbeitslosen immer schwerer, wieder in Arbeit zurückzufinden. Besonders frustrierend ist, dass die Herkunft und der Bildungsabschluss der Eltern nach



Foto: Artem/Adobe Stock

Man sieht Menschen ihre soziale Lage nicht an. Wer sich für seine Armut schämt, führt ein Leben im Schatten der Gesellschaft.

wie vor darüber entscheiden, wie die Zukunft der folgenden Generation aussieht.

Sozialabbau für hohes Armutsrisiko verantwortlich

Einschnitte in vielen Bereichen der sozialen Sicherungssysteme führten in den vergangenen Jahrzehnten zu erheblichen

Kürzungen von Leistungen. Der massive Sozialabbau wurde für viele Menschen zu einer bitteren Erfahrung. Nach Auffassung des SoVD liegt hier die wesentliche Ursache für das hohe Armutsrisiko in unserem Land.

Noch immer wissen wir zu wenig über die sogenannte verdeckte Armut. Zahlen des

Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) lassen Schlimmes erahnen. Demnach beantragen bis zu 60 Prozent der Anspruchsberechtigten keine Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Beratungspraxis im SoVD scheint das zu bestätigen: Viele verzichten aus Scham auf staatliche Leistungen.

Sozialstaatlichen Konsens erneuern und festigen

Zu wenig Beachtung finden in dem Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsberichtes zudem die Bereiche soziale Ausgrenzung und Einsamkeit (siehe Bericht auf dieser Seite). Diese sollte die Bundesregierung nach Überzeugung des SoVD jedoch verstärkt in den Blick nehmen, um einer Entsolidarisierung unserer Gesellschaft mit konkreten Maßnahmen entgegenzuwirken.

aj/jos

Die Stellungnahme des SoVD finden Sie online unter: www.sovd.de/politik/armut.

Viele Menschen befürchten, dass die gesellschaftliche Spaltung weiter zunimmt

Soziale Ausgrenzung in Zeiten von Corona

In dem Entwurf zum 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung finden sich erstmals auch Studien zu subjektiven Wahrnehmungen. In Befragungen etwa wird immer wieder die Sorge geäußert, dass die gesellschaftliche Spaltung insbesondere während der Pandemie weiter wächst. Auch der SoVD befürchtet, dass die Corona-Krise soziale Ausgrenzungsprozesse zusätzlich verschärft.

Auf ohnehin benachteiligte Personengruppen könnte sich die Pandemie fatal auswirken. Die im Armuts- und Reichtumsbericht vorgestellten politischen Maßnahmen sollten daher auf ihre Wirksamkeit und soziale Nachhaltigkeit hin untersucht werden. Denn anders als die Bundesregierung ist der SoVD davon überzeugt, dass die bisher getroffenen Entscheidungen soziale Verwerfungen nicht verhindern konnten.

Soziale Ausgrenzung ist längst traurige Realität

Der Bericht zeigt unter anderem, dass Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen deutlich weniger soziale Kontakte haben als Besserverdienende. Das Risiko sozialer Isolation steigt darüber hinaus im Verlauf des Rentenalters an.

Der SoVD gibt zudem zu bedenken, dass auch Menschen mit Beeinträchtigungen häufiger als andere angeben, dass sie selten



Foto: carballo/Adobe Stock

Für die Teilhabe an der Gesellschaft spielt die soziale Lage eine Rolle. So kann die Erfahrung von Armut das Gefühl von Einsamkeit befördern. Das gilt leider umso mehr im höheren Rentenalter.

oder nie gesellige Zusammenkünfte mit Freunden oder Familienangehörigen erleben. Für viele Menschen ist Einsamkeit und soziale Ausgrenzung infolge des andauernden Lockdowns somit offensichtlich längst eine bittere Realität geworden.

Um das Ausmaß dieser Problematik einschätzen zu können, hatte der SoVD im vergangenen Jahr ein Gutachten in Auftrag gegeben (siehe Soziales im Blick 01/2021, Seiten 1 und 2). Bereits vor der Corona-Pandemie waren demnach in Deutschland mehr

als vier Millionen Menschen meist oder (sehr) oft einsam. Jede*r fünfte Deutsche fühlte sich „nicht mehr zugehörig“.

Wer in Armut lebt, empfindet eher Einsamkeit

Die Corona-Pandemie hat die soziale Ausgrenzung noch verstärkt. Neben Alleinerziehenden sowie Kindern und Jugendlichen sind vor allem Menschen mit Armutserfahrung viel häufiger einsam als der Durchschnitt.

Zudem wenden sich immer mehr Rentner*innen an den SoVD, die mit ihren Einkünften zwar knapp über der Grenze zur Grundsicherung liegen, dadurch aber eben von vielen Leistungen oder Vergünstigungen überhaupt nicht profitieren. Zu den genannten Personengruppen gibt es im Armutsbericht kaum Erkenntnisse. Diese Forschungslücke gilt es zu schließen, um durch politische Maßnahmen Entlastung zu schaffen. aj/jos

Die Mitte geht verloren

Armut allein an dem vorhandenen Geld zu messen, würde der Problematik nicht gerecht werden. Das tut auch der 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung nicht. Dessen differenzierte Aussagen belegen dennoch eine zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft.

Was aber ist mit den Menschen, die weder arm noch reich sind? Während 1984 gemessen am Einkommen noch die Hälfte der Bevölkerung (49 Prozent) der sozialen Lage Mitte angehörte, trifft das heute nur noch auf etwa ein Drittel zu (37 Prozent). Während die Mitte dünner wird, wachsen die Extreme am Rand.

Wer einmal arm ist, bleibt dies meist auch

Beängstigend ist, dass sich die Zugehörigkeit zu diesen sozialen Lagen immer stärker verfestigt hat. Sieben von zehn Menschen, die als „arm“ galten, waren dies auch nach fünf Jahren noch. Oder anders ausgedrückt: Nur drei von zehn Menschen gelang es in dieser Zeit, sich aus der Armutsfalle wieder zu befreien. Besonders traurig ist, dass die Betroffenen selbst schon gar nicht mehr davon ausgehen, dass ihnen der Aufstieg gelingen könnte. Zwei Drittel der im Armutsbericht Befragten haben jede Hoffnung verloren – ein Armutszeugnis für die Politik.

Das Armutsrisiko nimmt von Jahr zu Jahr zu

Als Maß der Armutsgefährdung hat man sich in Europa auf eine einheitliche Definition geeinigt. Demnach gilt eine Person dann als armutsgefährdet, wenn sie mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der Gesamtbevölkerung auskommen muss.

In Deutschland hat sich die Armutsrisikoquote in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Aktuell ist etwa jede*r Sechste (16 Prozent) von Armut bedroht. Besonders betroffen sind junge Erwachsene, Alleinerlebende, Alleinerziehende, Arbeitslose, Familien ab drei Kindern sowie Personen mit geringer Bildung und Personen mit Migrationshintergrund. jos

Belange und Rechte brauchen mehr Aufmerksamkeit

Kinderrechte gehören in unser Grundgesetz

Der SoVD beteiligt sich an einem Bündnis von mehr als 100 Organisationen. Dieses kritisiert den bisher von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf als unzureichend und veröffentlichte den Aufruf: „Kinderrechte ins Grundgesetz – aber richtig!“

Fast 30 Jahre nach Inkrafttreten der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen ist es höchste Zeit, Kinderrechte in das deutsche Grundgesetz aufzunehmen. Bis heute werden die Belange und Rechte von Kindern und Jugendlichen bei Entscheidungen in Politik, Verwaltung und Rechtsprechung nicht ausreichend berücksichtigt. Das Bündnis „Kinderrechte ins Grundgesetz“ fordert daher die Bundestagsfraktionen und die Bundesländer zum Handeln auf.



Foto: Syda Productions / Adobe Stock

Auch der SoVD fordert: Kinderrechte ins Grundgesetz!

Die beteiligten Organisationen fordern unter anderem das Recht des Kindes auf Anerkennung als eigenständige Persönlichkeit sowie die Berücksichtigung des Kindeswohls als vorrangigen Gesichtspunkt bei allen Entscheidungen, die Kinder betreffen, ins Grundgesetz aufzunehmen.

SoVD-Präsident Adolf Bauer wies die Verantwortlichen der Parteien in einem Schreiben explizit auf das Anliegen des Bündnisses hin. Bauer rief in dem Brief dazu auf, den Ansprüchen der UN-Kinderrechtskonvention gerecht zu werden. *jos*

Anerkennung und Hilfe

Es ist ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg: In stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder der Psychiatrie haben Kinder und Jugendliche Leid und Unrecht erfahren. Viele von ihnen leiden noch heute an den Folgewirkungen. Die Stiftung Anerkennung und Hilfe unterstützt Betroffene. Wer sich für den Erhalt von Leistungen anmelden möchte, kann dies nach einer Verlängerung der Frist nun noch bis zum 30. Juni 2021 tun. Möglich ist das über das Infotelefon unter: 0800/22 12 218 sowie im Internet unter: www.stiftung-erkennung-und-hilfe.de.

Während im Corona-Jahr die Löhne sinken, bleiben die Renten stabil

Nullrunde für viele ein Problem

Kurzarbeit und steigende Arbeitslosenzahlen führen zu sinkenden Löhnen. Dank der gesetzlichen Rentengarantie, für die sich der SoVD stark gemacht hat, bleibt dieses Schicksal den Rentnerinnen und Rentnern in Deutschland erspart. Allerdings haben sie im Verlauf der Pandemie auch wenig bis keine finanzielle Unterstützung erhalten und mussten viele Ausgabensteigerungen selbst tragen. Wer mit seiner Rente am Existenzminimum lebt, bekommt daher diese Nullrunde besonders zu spüren.

Seit mehr als einem Jahr bestimmt die Corona-Pandemie unser Leben. Nun wirkt sie sich auch auf die Rentenanpassung zum 1. Juli 2021 aus. Erstmals seit Langem erhöhen sich somit die Renten in den alten Bundesländern gar nicht und in den neuen Bundesländern nur gering um 0,72 Prozent. Der aktuelle Rentenwert bleibt bei 34,19 Euro, der aktuelle Rentenwert (Ost) steigt durch die Rentangleichung Ost-West leicht auf 33,47 Euro.

Sinkende Bezüge dank Rentengarantie abgewendet

Durch die negative Lohnentwicklung würde der aktuelle Rentenwert eigentlich sogar niedriger ausfallen. Für die rund 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner in Deutschland hätte das dann sinkende Bezüge zur Folge. SoVD-Präsident Adolf Bauer ist dankbar, dass dies verhindert werden konnte: „Hier greift dieses Jahr trotz der coronabedingten Entwicklungen die gesetzlich verankerte Rentengarantie, für die wir uns vom SoVD seinerzeit vehement eingesetzt haben. Sie verhindert eine Negativanpassung, die vor allem Kleinstrentner*innen schwer getroffen hätte.“

Nachhaltigkeitsfaktor beeinflusst Rentenanpassung

Eine wichtige Rolle spielt auch in diesem Jahr der sogenannte Nachhaltigkeitsfaktor. Dieser berücksichtigt Veränderungen



Foto: Ingo Bartussek / Adobe Stock

Zum 1. Juli bleiben die Renten zwar stabil, Menschen mit geringen Bezügen spüren die ausbleibende Erhöhung jedoch deutlich.

in dem zahlenmäßigen Verhältnis von Rentenbeziehenden zu Beitragszahlenden. Steigt etwa, wie in diesem Jahr geschehen, die Zahl der Rentnerinnen und Rentner schneller als die Zahl der Beitragszahlenden, dann wirkt sich dies bei der Rentenanpassung dämpfend aus.

Rentenniveau gestiegen, Kürzungen wirken aber fort

Verringert haben sich die Renten zumindest bis 2013 auch durch den Riester-Faktor. Dieser besagt vereinfacht ausgedrückt, dass ein sinkendes Rentenniveau durch eine private Vorsorge (Riesterrente) ausgeglichen werden kann. In diesem Jahr steigt das Rentenniveau zwar auf einen Wert von 49,37 Prozent, die bereits realisierten An-

passungskürzungen eben durch den Riester-Faktor wirken jedoch fort.

Damit die gesetzliche Rente den Lebensstandard auch nachfolgender Generationen sichert, schlägt der SoVD vor, das Rentenniveau bei 50 Prozent zu stabilisieren und perspektivisch sogar wieder auf 53 Prozent anzuheben. Zu diesem Zweck müssten nach Überzeugung des Verbandes nicht gerechtfertigte Anpassungskürzungen infolge des Riester-Faktors schrittweise wieder zurückgenommen werden – etwa durch jährliche Zuschläge zu den Rentenanpassungen. Gerade vor dem Hintergrund zusätzlicher Belastungen durch die Corona-Pandemie wäre das aus Sicht des SoVD eine sinnvolle Maßnahme. *jos*

SoVD im Gespräch



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Um die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben ging es bei einem Gespräch zwischen dem SoVD und der Konzernschwerbehindertenvertretung der Deutschen Bahn.

Die Deutsche Bahn und Barrierefreiheit

SoVD-Präsident Adolf Bauer kam zu einem fachlichen Austausch mit einer Delegation der Konzernschwerbehindertenvertretung der Deutschen Bahn zusammen. Ein zentrales Thema der als Videokonferenz durchgeführten Besprechung war die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsmarkt. Diskutiert wurden dabei neben den pandemiebedingten Einschränkungen auch die Punkte Beschäftigungsquote und Ausgleichsabgabe.

Das Gespräch fand in einer sehr offenen Atmosphäre statt. Beide Seiten kamen darin überein, sich auch weiterhin über eine mögliche Zusammenarbeit und gemeinsame Themen auszutauschen.

Anhörung im Ausschuss für Gesundheit

Als Sachverständigenverband nahm der SoVD an einer Anhörung im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages zum Entwurf des Vierten Bevölkerungsschutzgesetzes

teil. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass eine bundesweit verbindliche Notbremse zur Pandemiebekämpfung eingeführt wird. Vorgesehen sind dabei unter anderem auch nächtliche Ausgangssperren.

Anhand von Berichten aus den zahlreichen Beratungsstellen des Verbandes schilderte der zuständige Referent des SoVD-Bundesverbandes, Denis Peikert, dabei die hohe Belastungssituation vieler Familien infolge der Pandemie. Mit Blick auf die diskutierten Ausgangssperren wies Peikert auf die coronabedingt gestiegenen Zahlen im Bereich der häuslichen Gewalt hin. Hier gebe es zudem eine sehr hohe Dunkelziffer.

Barrierefreiheit wichtig für Mitwirkung von Menschen mit Einschränkungen – teils Wahlhilfen erforderlich

Bundestagswahl – politische Teilhabe für alle

Wählen ist ein Grundrecht. Es sichert demokratische Mitwirkung. In Deutschland gilt seit 2019 ein inklusives Wahlrecht; damals fiel der Wahlrechtsausschluss für Vollbetreute. Jede Stimme ist gleich viel wert, alle Menschen mit Wahlrecht müssen dieses auch wirklich nutzen können. Doch selbst im „Superwahljahr“ 2021 stoßen Menschen mit Behinderungen dabei teils noch auf Hürden.

Nicht nur ein neuer Bundestag wird am 26. September gewählt, sondern einige Bundesländer haben „Doppelwahlen“. Dort entscheiden die Menschen zugleich über ihre Landesparlamente. In Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern geben sie auch ihre Stimmen für den Landtag ab, in Berlin für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksversammlungen.

Formal können so alle Wahlberechtigten politisch teilhaben. Doch in der Realität erschweren Barrieren vielen Menschen mit Behinderungen das Wählen. Sie sind auf Hilfen angewiesen – die es immerhin gibt – oder es wird zumindest umständlicher.

Nur rund ein Viertel der Wahllokale ist für Gehbehinderte problemlos zugänglich. Ist der Raum, der auf der Wahlbenach-

richtung steht, nicht barrierefrei, können sie einen Wahlschein für ein anderes Lokal im Wahlkreis beantragen. Die Alternative heißt Briefwahl. Hinweise stehen auf der Benachrichtigung.

Hilfen sichern Inklusion, aber man muss davon wissen

So leicht verfügbar sind nicht alle Infos zur Barrierefreiheit. Gehörlose etwa beherrschen teils nicht die Schriftsprache, und im Wahllokal dolmetscht in der Regel niemand in Gebärdensprache. Menschen mit kognitiven Schwierigkeiten stoßen ebenfalls an Hürden, nicht nur im Wahllokal. Unterstützung geben Verbände wie der SoVD.

Wahlunterlagen sind zum Beispiel nicht für alle leicht verständlich. Besonders Briefwahl ist etwa für Menschen mit Lerneinschränkungen anspruchsvoll. Darum gibt der SoVD seit Langem seine Wahlhilfebroschüre in Leichter Sprache heraus. Nach Aktualisierung gibt es sie auf www.sovd.de.



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Auch komplizierte Unterlagen können Leute am Wählen hindern.

Blinde und Sehbehinderte können die Wahlbenachrichtigung nicht visuell wahrnehmen. Zum Wählen brauchen sie Schablonen in Blindenschrift, die sie über den Stimmzettel legen. Diese und Info-CDs sind kostenfrei bestellbar beim Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV): über die Landesvereine oder Tel.: 01805 / 66 645 (nur Anrufe vom Festnetz).

das Recht, zur Unterstützung eine Hilfsperson auszusuchen; etwa aus dem Wahlvorstand. Soweit nötig, darf sie mit in die Wahlkabine. Dort führt sie nur die Wünsche des*der Wählenden aus, die Kenntnisse muss sie geheimhalten. *ele*



Eine Sonderseite bietet ab Mai Infos und Material zur Bundestagswahl. Diese finden Sie unter: www.sovd.de/bundestagswahl.

Zur Not noch im Wahllokal Vertrauensperson benennen

Wer trotz aller Hilfen nicht allein wählen kann, hat seit 2019

Fragen an die Parteien

Am 26. September haben wir die Wahl! Aber wo soll ich bei der Bundestagswahl mein Kreuz machen? Der SoVD gibt Hilfestellung: SoVD-Präsident Adolf Bauer trifft diesen Sommer die Spitzenkandidat*innen und überprüft die Wahlprogramme auf deren sozialpolitischen Inhalte. Adolf Bauer fragt – die Kandidat*innen antworten.

Dazu braucht der SoVD auch Ihre Fragen an die Parteien. Schicken Sie Ihre Anliegen per E-Mail an: bundestagswahl@sovde.de



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Unterstützung beim demokratischen Vorgang – unabhängige Freiwillige gesucht

Jetzt als Wahlhelfer*in melden

Politisch Interessierte können sich im demokratischen Prozess auf besondere Art einbringen: Rund 65.000 unabhängige Wahlhelfer*innen stellen bei bundesweiten Wahlen – ob wie jetzt zum Deutschen Bundestag oder zum Europaparlament – sicher, dass alles korrekt abläuft. Sie überwachen und betreuen die Durchführung im Wahllokal oder per Briefwahl und zählen Stimmen aus.

Jedes Wahllokal hat einen Wahlvorstand. Er besteht aus fünf bis neun Personen: dem*der Vorsteher*in, dem*der stellvertretenden Vorsteher*in sowie drei bis sieben Beisitzer*innen, wovon zwei für die Schriftführung und stellvertretende Schriftführung bestimmt werden. Wahlhelfende sind entweder als Vorstandsmitglieder im Einsatz oder als Hilfskräfte im Wahlraum. Die Gemeindebehörde beruft sie in das Amt.



Foto: roibu / Adobe Stock

Wahlhilfe ist gerade in Corona-Zeiten gesucht – mit Schutzkonzept.

berufliche Pflicht oder ein familiärer Pflege- oder Betreuungsfall. Der andere Weg ist, sich freiwillig zu melden.

Hierzu wendet man sich an seine Gemeinde oder den Bezirkswahlleiter, am besten jetzt ab Mai. Drei, spätestens zwei Monate vor dem Wahltag sollten die Vorstände besetzt sein; doch meist sind bis kurz vorher

noch Helfer*innen gesucht. Die einzigen Voraussetzungen sind, dass man wahlberechtigt ist und nicht selbst kandidiert.

Wahlhelfende sorgen entweder für den korrekten Ablauf im Wahllokal und zählen hinterher die Stimmen aus oder betreuen die Briefwahl. Wer vor Ort im Einsatz ist, muss meist schon vor acht Uhr dort sein.

Die Aufgabe ist ein Ehrenamt. Es gibt also keine Bezahlung; doch eine kleine Aufwandsentschädigung, das „Erfrischungsgeld“. Es beträgt bei Bundestagswahlen 25 Euro, für Vorsitzende der Wahlvorstände 35 Euro. Einige Gemeinden oder Länder mit Doppelwahl zahlen mehr aus.

Für Helfende eventuell frühere Corona-Impfungen

In der Pandemie spielt auch in den Wahlräumen wie beim Stimmzählen der Schutz vor dem Coronavirus und der Krankheit Covid-19 eine große Rolle. Natürlich gelten Hygienekonzepte, etwa genug Abstand.

Auch sollten Wahlhelfende am 26. September möglichst geimpft sein, am besten schon zweimal. Darum gehören sie durch die im März geänderte Impfverordnung zur Gruppe 3. Beim Wählen zu helfen, kann also ganz nebenbei auch heißen, früher eine Impfung zu erhalten. Doch wird diskutiert, wann Priorisierungen ohnehin enden. *ele*

Reform des Wahlrechts

Regulär hat der Deutsche Bundestag 598 Abgeordnete. Momentan sitzen darin aber 709; davon 111 mit Überhang- und Ausgleichsmandaten. Durch diese Regelungen wächst das Parlament stets, das kommende könnte laut Schätzungen gar 800 Abgeordnete haben.

Kritiker*innen halten diese Arbeit für ineffizient, auch kosten mehr Abgeordnete mehr Geld. Zudem gilt das Wahlrecht als kompliziert, für Bürger*innen schwer nachvollziehbar. Daher fordern prinzipiell alle Parteien im Bundestag, es zu ändern.

Doch ganz zur Einigung noch vor dieser Wahl kam es nicht. Die Große Koalition beschloss im Oktober eine Wahlrechtsreform, die nur die Zahl der ausgeglichenen Überhangmandate verringert. Weniger Wahlkreise sollen es erst 2024 sein. Gegen diese Reform reichten Die Linke, Bündnis 90/ Die Grünen und die FDP im Februar Klage vor dem Bundesverfassungsgericht ein.

So kann man „hinter den Kulissen“ mitwirken

Es gibt zwei Wege, um den spannenden demokratischen Vorgang zu unterstützen: Einer ist, dass die Behörde oder der Landeswahlleiter dazu auffordern; meist schreiben sie Personen an, die schon früher dabei waren. In dem Fall erlauben nur wenige „triftige“ Gründe, die staatsbürgerliche Pflicht abzulehnen, etwa Krankheit oder körperliche Beeinträchtigung, Alter über 65 Jahre, dringende

Alltagshelden gesucht!

Noch bis zum 20. Juni können Preisträgerinnen und Preisträger von deutschlandweit rund 700 Auszeichnungen für freiwilliges Engagement für den Deutschen Engagementpreis nominiert werden. Alle, die seit dem 1. Juni 2020 einen dieser Preise für bürgerschaftliches Engagement gewonnen haben, können ins Rennen um den Preis der Preise für bürgerschaftliches Engagement geschickt werden.

Der Deutsche Engagementpreis ist der Dachpreis für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. Er würdigt alle Menschen in unserem Land, die sich freiwillig einbringen und all jene, die diesen Einsatz durch die Verleihung von Preisen unterstützen. Ziel ist es, die Anerkennungskultur in Deutschland zu stärken und mehr Menschen für ein freiwilliges Engagement zu begeistern.

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten finden Sie im Internet unter www.deutscher-engagementpreis.de.

Immer weniger Sozialwohnungen im Angebot

Billiger Wohnraum fehlt

Menschen mit niedrigem Einkommen haben immer weniger Chancen auf dem Wohnungsmarkt, da die Zahl der Sozialwohnungen weiter zurückgeht. Besonders drastisch ist dieser Trend in den neuen Bundesländern.

Nicht einmal mehr 60.000 Sozialwohnungen gab es Ende 2019 in den neuen Bundesländern. Vier Jahre zuvor waren es noch über 100.000. Das ergab eine Anfrage der Linksfraktion an die Bundesregierung. In Sachsen-Anhalt ging die Zahl sogar um 70 Prozent auf nur noch 3.510 Wohnungen zurück.

Auch bundesweit ist der Trend eindeutig. Ende 2019 standen insgesamt 1,14 Millionen Wohnungen für Menschen mit der entsprechenden Berechtigung zur Verfügung. Allein in jenem Jahr wurden in Deutschland 25.565 neue Sozialwohnungen gebaut, während parallel dazu 64.456 Wohnungen aus der Sozialbindung fielen.

Während viele ältere Sozialwohnungen zu regulärem Wohnraum umgewandelt werden, fehlt es an Neubauten mit sozialer Bindung. Für den Wohnungsbau sind die Länder zuständig, der Bund stellt für sozialen Wohnraum seit vergangem Jahr Geld zur Verfügung – das aber oftmals nicht dafür verwendet wird. Für den SoVD ist hier ein deutliches Umsteuern nötig. Wie Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt vor allem Menschen mit wenig Einkommen betrifft, hat der SoVD in seinem Gutachten „Wohnverhältnisse in Deutschland. Mietbelastung, soziale Ungleichheit und Armut“ untersucht. Das Gutachten finden Sie unter: www.sovd.de/medien/broschueren.



Foto: PixelPower / Adobe Stock

Im Ost herrscht ein Mangel an bezahlbaren Wohnungen.

Corona-Teilhabe-Fonds

Der Bundestag hat im letzten Jahr den Corona-Teilhabe-Fonds aufgelegt und dafür 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Von diesem Geld können Einrichtungen der Behindertenhilfe, Inklusionsbetriebe, Sozialkaufhäuser und gemeinnützige Sozialunternehmen Leistungen zum Ausgleich der Pandemiefolgen erhalten – unter anderem für Fixkosten oder Personalaufwendungen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales verlängerte die Antragsfrist nun bis zum 31. Mai.

Weitere Informationen und den Antrag auf Leistungen aus dem Fonds finden Sie unter: www.integrationsaemter.de.

Millionen Menschen in Deutschland setzen sich weiterhin für andere ein

Engagement auf hohem Niveau

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend präsentierte aktuelle Daten zum freiwilligen Engagement in Deutschland. Vier von zehn Menschen brachten sich demnach 2019 unentgeltlich für andere ein. Erstmals gab es dabei kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Ob im Sport oder bei der Feuerwehr – die Menschen in Deutschland engagieren sich weiterhin mit Begeisterung freiwillig. Dem mittlerweile fünften Deutschen Freiwilligen-survey des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zufolge bekleideten im Jahr 2019 rund 28,8 Millionen Menschen ein Ehrenamt. Das entspricht rund 40 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren.

Die Erhebung findet alle fünf Jahre statt und belegt seitdem einen kontinuierlichen Anstieg der freiwillig Engagierten. Zum ersten Mal seit Beginn der Erhebung im Jahr 1999 gibt es laut BMFSFJ kaum einen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Während sich in der Vergangenheit stets Männer zu größeren Anteilen freiwillig engagierten, ist im Jahr 2019 erstmals kein statistisch



Foto: matimix / Adobe Stock

Mit gutem Beispiel voran: Viele gesellschaftliche Bereiche wären ohne ehrenamtlich Engagierte gar nicht denkbar.

signifikanter Geschlechterunterschied festzustellen (Frauen: 39,2 Prozent; Männer: 40,2 Prozent). Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Anteile freiwillig engagierter Frauen stärker gestiegen sind.

Angenähert haben sich auch die Engagementquoten in Ost- und Westdeutschland. Die Differenz zwischen Ost (37 Prozent) und West (40,4 Prozent) liegt nur noch bei gut drei Prozentpunkten. *jos*

SoVD und Psychotherapeutenkammer fordern eine bessere Versorgung

Corona belastet die Psyche

Auch ohne Corona-Infektion leiden viele Menschen unter der Pandemie. Die Bundespsychotherapeutenkammer vermeldet deutlich erhöhten Beratungsbedarf. Deren Präsident Dr. Dietrich Munz und SoVD-Präsident Adolf Bauer fordern gemeinsam einen Ausbau der Kapazitäten.

Seit über einem Jahr bestimmen die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Bekämpfung den Alltag der Menschen in Deutschland. Kurzarbeit, wegbrechende Kontakte und Freizeitangebote sind nur einige der Faktoren, die Einzelne dabei psychisch belasten.

Der Sozialverband Deutschland und die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) veröffentlichten eine gemeinsame Pressemitteilung, in der sie zu einer stärkeren Berücksichtigung der sozialen und psychischen Folgen der Corona-Maßnahmen aufrufen.

„Zunehmende Einsamkeit, die Sorgen um die berufliche Zukunft und die familiäre Belastung nehmen weiter zu. Menschen mit und ohne psychische Erkrankungen geraten mehr und mehr an ihre Grenzen. Das kann und darf uns nicht egal sein“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer.

Dr. Dietrich Munz, Präsident der BPTK, wies darauf hin, dass durch Pandemiefolgen deutlich mehr Menschen psychotherapeutische Hilfe suchen würden. Nach einer Umfrage der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung vom Januar



Foto: H_Ko / Adobe Stock

Menschen, die in der Corona-Pandemie psychotherapeutische Unterstützung suchen, haben es schwer, einen Termin zu bekommen.

2021 erhielten niedergelassene Psychotherapeut*innen deutlich mehr Anfragen als im Januar 2020. Stellten Patient*innen im vergangenen Jahr im Schnitt 4,9 Anfragen pro Woche, waren es 2021 6,9. Patient*innen müssten jedoch oft monatelang auf einen Termin warten, da es an zugelassenen Psychotherapeut*innen fehle.

Bereits im Dezember veröffentlichte der SoVD eine Stu-

die, in der er die Einsamkeitsgefühle in der Bevölkerung untersuchte. Darin stellte er fest, dass diese schon vor der Pandemie bei allen Altersgruppen zugenommen haben. Corona dürfte diesen Trend deutlich verschärft haben.

Nötig seien eine bessere Versorgung und mehr Behandlungsplätze für Menschen, die psychotherapeutische Hilfe suchen, sind sich SoVD-Präsident Adolf Bauer und BPTK-Präsident Dietrich Munz einig. *str*



Interview

„Wir geben jungen Menschen eine Stimme!“

Sebastian Freese ist seit zweieinhalb Jahren 1. Bundesjugendvorsitzender des SoVD. Der 32-Jährige ist an der sogenannten Muskeldystrophie Duchenne im Gürtelbereich erkrankt. Den Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai nahmen wir zum Anlass, uns mit dem gebürtigen Husumer über seine Erfahrungen und Wünsche zu unterhalten.

___Was genau bedeutet deine Erkrankung für dich?

Das ist eine Art Muskelschwund, wo sich die Muskeln erst sehr schnell aufbauen und dann nach und nach wieder abbauen, bis eben auch die Atmung irgendwann zum Stillstand kommt. Durch technische Geräte kann man weiter beatmet werden, sodass man genug Luft zum Atmen bekommt. Ich sitze seit 22 Jahren im Rollstuhl, an dem sich auch ein mobiles Sauerstoffgerät befindet. Das wirkt auf die Menschen oft etwas befremdlich.

Sie gucken einfach komisch, gerade weil ich beatmet bin und ich einen Schlauch am Rollstuhl hängen habe, wo ich mir jederzeit Luft nehmen könnte. Mich stört es schon gar nicht mehr, ich ignoriere das einfach. Ich würde mir aber wünschen, dass die Menschen mich einfach mal ansprechen und mich fragen, was sie interessiert.

___Noch immer erfüllen 95 Prozent der Unternehmen ihre Schwerbehindertenquote nicht und 25 Prozent beschäftigen

sogar keinen einzigen Menschen mit Behinderung. Was muss passieren, damit Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt besser Fuß fassen können?

Aus meiner Sicht gibt es drei Dinge, die unbedingt passieren müssen. Zunächst einmal müssen wir in Deutschland noch einiges für das Thema Barrierefreiheit tun. Damit meine ich aber nicht nur bauliche Barrierefreiheit, sondern vor allem auch digitale Barrierefreiheit. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen als vollwertige Menschen wahrgenommen werden. Damit das passiert, braucht es aber persönliche Begegnungen, die dabei helfen, Vorurteile und Ängste abzubauen. Das gelingt allerdings nur, wenn die Ausgleichsabgabe deutlich erhöht wird. Wenn Arbeitgeber schwerbehinderte Menschen nicht freiwillig einstellen wollen, muss ihnen das richtig wehtun.

___Hat dich deine Behinderung in deiner Berufswahl eingeschränkt?



Foto: Christian Draheim

Sebastian Freese ist Bundesvorsitzender der SoVD-Jugend. Seit er zehn Jahre alt ist, sitzt er im Rollstuhl und kennt mangelnde Barrierefreiheit daher bereits aus seiner Schulzeit.

Ja, ich wollte eigentlich gerne Polizist werden oder zur Bundeswehr gehen. Dafür wäre aber ein Leistungstest nötig gewesen. Das war mit meiner Behinderung so natürlich nicht möglich. Ich habe mich dann für eine Ausbildung zum Bürokaufmann entschieden, weil ich mir damit die besten Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt ausgerechnet hatte. Dass ich dann nach der Ausbildung fünf Jahre lang arbeitslos sein würde, hätte ich so nicht gedacht.

___Was glaubst du, warum es in den fünf Jahren mit der Jobsuche nicht geklappt hat?

Das ist eine gute Frage. Ich habe immer Bewerbungen geschrieben. Bestimmt 50 bis 100 Stück in den fünf Jahren. Entweder wurde gar nicht geantwortet oder sie haben sich für wen anderes entschieden. Zweimal war ich zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Die waren dann sehr überrascht, als sie gesehen haben, dass ich im Rollstuhl sitze, obwohl das im Bewerbungsschreiben stand. Leider bin ich coronabedingt zurzeit wieder arbeitslos, aber ich hoffe, dass es diesmal nicht so lange dauert, bis ich etwas Neues finde.

___Auf welche Barrieren bist du während deiner Schulzeit gestoßen?

Die größte Hürde war die mangelhafte Barrierefreiheit. Ich musste die vierte Klasse wiederholen, weil die Hauptschule, auf die ich wechseln sollte, keinen Fahrstuhl hatte. Der musste erst gebaut werden und das hat dann gedauert. Menschlich habe ich aber nie schlechte Erfahrungen gemacht. Ich wurde auf allen Schulen super aufgenommen. Gemobbt oder so wurde ich nie. Ich weiß aber, dass das auch ganz anders sein kann. Das ist

traurig, denn eigentlich sollte die Behinderung ja überhaupt keine Rolle spielen. Daran merkt man aber, dass wir doch noch ein gutes Stück weit von einer inklusiven Gesellschaft entfernt sind. Umso wichtiger ist es, dass behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam zur Schule gehen. Nur so kann das irgendwann zur Normalität werden.

___Wie stellst du dir eine inklusive Gesellschaft vor?

Inklusion bedeutet für mich, dass Vielfalt ganz normal ist und jeder Mensch so behandelt wird, wie er ist. Wenn wir es irgendwann schaffen, dass wir nicht mehr zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen unterscheiden, sondern es einfach nur noch Menschen gibt, wo jeder für sich einzigartig ist, dann haben wir eine inklusive Gesellschaft. In meinem Bekanntenkreis vergessen die Leute oft meine Beeinträchtigung. Sie sagen dann: „Kannst du mal dies oder das holen?“ Ich muss dann zwar oft sagen, dass ich das nicht kann, aber das ist für mich Inklusion.

___Was wünschst du dir für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass die Belange von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen von der Politik endlich ernst genommen werden. Aus meiner Sicht haben die vergangenen Monate sehr deutlich gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir als SoVD jungen Menschen eine Stimme geben. Vor allem hoffe ich aber, dass die Corona-Pandemie nicht dazu führt, dass am Ende beim Thema Inklusion gespart wird. Gerade die schulische Inklusion ging schon vor Corona nur sehr schleppend voran. Hier wünsche ich mir ganz klar ein deutliches politisches Signal.

Interview: Christian Draheim

Die Jugend im SoVD

Die SoVD-Jugend wurde vor 50 Jahren als integ Jugend gegründet. Ihr gehören automatisch alle Verbandsmitglieder an, die ihr 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Jugendorganisation steht für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen und engagiert sich gegen Ungerechtigkeiten, Ausgrenzungen, Benachteiligungen und Diskriminierungen. Sie setzt sich für eine inklusive und solidarische Gesellschaft ein, die allen jungen Menschen – mit und ohne Behinderung – Chancengleichheit ermöglicht.

Unterstützung statt Bevormundung – Bundestag verabschiedet Reform

Betreute erhalten mehr Rechte

Im März beschloss der Bundestag eine aus Sicht des SoVD überfällige Reform des Betreuungsrechts. Die Änderungen sollen betreuten Personen mehr Mitsprache in ihren Angelegenheiten und größere Selbstbestimmung ermöglichen. Die neuen Regelungen treten 2023 in Kraft.

Die Reform räumt den Wünschen der Betroffenen einen größeren Stellenwert ein. Künftig sollen die Interessensbekundungen der zu betreuenden Person bei der Auswahl des Betreuers berücksichtigt

werden. Zudem werden die Aufgaben des Betreuers stärker auf die Unterstützung und Anleitung zur Selbstständigkeit ausgerichtet. Stellvertretende Entscheidungen des Betreuers sollen die Ausnahme sein.

Der SoVD sieht das als einen Schritt weg vom ersetzenden Handeln des Betreuers hin zu einer unterstützten Entscheidungsfindung der betreuten Person.

Zudem werden betreuende Personen durch die Reform verpflichtet, regelmäßigen Kontakt zum Betreuten zu pflegen und einen Jahresbericht zu verfassen, den beide Parteien miteinander besprechen.

Der SoVD begrüßt ausdrücklich, dass es nach der Reform zukünftig nicht mehr ausreicht, dass eine betreute Frau der Sterilisation lediglich nicht widerspricht. „Wir haben in der Vergangenheit immer wieder thematisiert, dass diese Neuregelung erforderlich ist, weil durch sie das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderungen gestärkt wird“, stellte SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer Reaktion fest.



Foto: Monkey Business / Adobe Stock

Betreuer*in und die betreute Person sollen sich künftig häufiger austauschen und gemeinsam über den Jahresbericht sprechen.

Mehr Menschen waren auf Leistungen angewiesen

Gestiegener Bedarf an Grundsicherung

Im Dezember vergangenen Jahres erhielten knapp 1,1 Millionen Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts waren das knapp 14.000 Personen (1,3 Prozent) mehr als im Vorjahr.

Anspruch auf Grundsicherung haben Menschen, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind oder im Alter ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen sicherstellen können. Etwas weniger als jede*r Zweite (48,7 Prozent) erhielt eine entsprechende Leistung zuletzt aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung.

Diese Form der Grundsicherung greift für Personen im Alter von 18 Jahren bis unter die Rentenaltersgrenze. Betroffene können etwa aufgrund einer Krankheit oder Behinderung für einen nicht absehbaren Zeitraum täglich keine drei Stunden unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbstätig sein.

Die andere Hälfte (51,3 Prozent) der Leistungsbeziehenden erhielt Grundsicherung im Alter. Der durchschnittliche Bruttobedarf bei Grundsicherung im Alter lag der Bundesregierung zufolge im Juni 2020 bei 828 Euro. Hierbei gab es in den einzelnen Bundesländern jedoch deutliche Unterschiede. So war der Durchschnittswert etwa in Sachsen mit 741 Euro am niedrigsten und in Hamburg mit 909 Euro am höchsten. Der Wert variiert aufgrund der unterschiedlichen Höhe der Lebenshaltungskosten, wie zum Beispiel Mietenzahlungen.

dpa/jos



Foto: Ingo Bartussek / Adobe Stock

Immer mehr Menschen kommen ohne Grundsicherung im Alter nicht mehr über die Runden.

Bildungsangebote des Verbandes online zugänglich

Schulungen des SoVD

Der SoVD schult sein Haupt- und Ehrenamt in vielfältigen Bereichen. Einen Überblick bietet der Seminar kalender, der über die Homepage des Verbandes unter www.sovd.de zu finden ist. Die meisten Veranstaltungen sind als Onlinekurse geplant.

Der SoVD-Bundesverband bietet haupt- und ehrenamtlich Aktiven im Verband Möglichkeiten zur Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch. Dabei beleuchtet er verschiedene Facetten der Verbandsarbeit und nimmt die besonderen Herausforderungen durch die Corona-Krise in den Blick. Die Kurse zur Steuererklärung für gemeinnützige Körperschaften im Mai sind bereits ausgebucht – für alle anderen Formate sind noch Plätze verfügbar. Dazu zählen „Kampagnenarbeit in Pandemiezeiten“, „Interessenvertretung“, eine Schulung zu Fragen der Gemeinnützigkeit und eine Finanzschulung mit dem Schwerpunkt „elektronisches Kassenbuch“.

In den Kursen vermitteln Beschäftigte des SoVD-Bundesverbandes sowie externe Expert*innen den Stoff. Die Teilnahme ist bequem von zu Hause aus mit Laptop und Internetverbindung über „Zoom“ möglich.

Anmeldung und mehr Informationen unter www.sovd.de/gemeinschaft/seminare.



Gruppenarbeit im Rahmen einer Schulung des SoVD.

Arbeitsminister Heil setzt Versprechen nicht um – scharfe Kritik vom SoVD

Keine höhere Ausgleichsabgabe

Die Abgabe sollen Betriebe dazu animieren, Menschen mit Schwerbehinderung anzustellen. Die derzeitige Höhe von 360 Euro wird vom SoVD als zu niedrig kritisiert, um die gewünschte Wirkung zu entfalten. Umso enttäuschender, dass die angekündigte Erhöhung nun vom Tisch ist.

Anders als im Dezember in Aussicht gestellt (siehe *Soziales im Blick* 01/2021, S. 6), müssen Arbeitgeber künftig keine höhere Abgabe zahlen, wenn sie keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen. Trotz der Ankündigung von Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) findet sich die Verdopplung der Abgabe von monatlich 360 auf 720 Euro nicht im letzten Entwurf des Teilhabestärkungsgesetzes.

Der Entwurf enthält zwar gute Ansätze wie die gesetzliche Verankerung eines Zutrittsrechts für Blindenführ- und andere Assistenzhunde in Geschäfte, die Regelungen für den Arbeitsmarkt bleiben aber weit hinter dem aus SoVD-Sicht Notwendigen zurück.

Weniger Geld für barrierefreie Arbeitsplätze?

Statt eine neue, höhere Stufe der Ausgleichsabgabe einzuführen, sind im Gesetz nun lediglich „Ansprechstellen“ für Unternehmen vorgesehen, die aus der Ausgleichsabgabe finanziert werden sollen. So könnte künftig noch weniger Geld für die Unterstützung der behinderten Beschäftigten selbst in den Betrieben, beispielsweise für technische Arbeitsplatz-



Foto: Andi Weiland / Gesellschaftsbilder.de

Oft fehlt es noch an behindertengerechten Arbeitsplätzen. Ohne erhöhte Ausgleichsabgabe dürfte der Mangel weiter bestehen.

ausstattungen, zur Verfügung stehen. „Die unterlassene Erhöhung der Ausgleichsabgabe ist umso bitterer für die Betroffenen“, so SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer Reaktion.

Durch Corona mehr Arbeitslose mit Behinderung

Die Lage von Menschen mit Behinderung hat sich in der Corona-Pandemie verschlechtert. Sie waren schon vor Corona überdurchschnittlich häufig arbeitslos. Die Zahlen steigen coronabedingt seit Monaten deutlich an. Im März betrug

der Anstieg 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, stellt SoVD-Referentin Claudia Tietz fest.

Ohne eine erhöhte Quote als Druckmittel fürchtet der SoVD, dass die Inklusion auf dem Arbeitsmarkt weiter erschwert wird. „Die gesetzliche Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderung ist seit Jahren unerfüllt.“ Ein Viertel aller Betriebe, die beschäftigungspflichtig wären, beschäftige überhaupt keinen schwerbehinderten Menschen, verdeutlicht Claudia Tietz das Problem.

str

Gewerkschaft ver.di kritisiert Ausbleiben der staatlich finanzierten Leistung

Pflegekräfte warten auf Prämie

Beschäftigte im Pflegebereich sollten aufgrund der Corona-Pandemie bis Ende vergangenen Jahres eine Prämie erhalten. Laut einer Studie der Gewerkschaft ver.di hätten viele Pflegekräfte jedoch noch immer kein Geld erhalten. Das betreffe vor allem private Dienste in der ambulanten Altenpflege.

Sylvia Bühler, Mitglied im Vorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), kritisierte, dass ausgerechnet Beschäftigte, die oft nur den Mindestlohn bekämen, damit benachteiligt würden. Sie seien in der Corona-Pandemie extrem gefordert und dadurch auch besonders gefährdet.

Die Prämie von bis zu 1.500 Euro wird von Bund und Ländern finanziert, die Auszahlung läuft über die Arbeitgeber*innen. Ziel war laut ver.di eine Auszahlung bis Ende Dezember vergangenen Jahres. Die Gewerkschaft verwies auf eine Studie zu Löhnen in mehr als 1.000 Pflegediensten, nach der bis zu diesem Zeitpunkt noch mehr als 40 Prozent der Beschäftigten auf die Prämie warteten.

Der Arbeitgeberverband Pflege, der die großen Branchenun-



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Beschäftigte etwa in der Altenpflege sollten eine Corona-Prämie erhalten. Offensichtlich warten viele jedoch noch immer darauf.

ternehmen vertritt, versicherte, seine Mitglieder hätten die Prämie gezahlt. Dafür seien sie teils in Vorleistung gegangen, wenn das jeweilige Bundesland

seinen Anteil noch nicht gezahlt habe. Die Frist zur steuerfreien Zahlung der Prämie sei bis zum 30. Juni dieses Jahres verlängert worden.

dpa/jos

Inklusion – steter Tropfen höhlt den Stein

Gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Prof. Dr. Ulrich Hase, veranstaltete der SoVD Schleswig-Holstein die Tagung „Stimmen zur Inklusion 2021“. Dabei betonten sowohl der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) als auch der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm ihren Willen, das Land noch inklusiver zu machen. Der aus dem Amt scheidende Uli Hase riet hierbei zu Gesprächen auf Augenhöhe. Vor allem aber, so Hase, passiere meist nichts von heute auf morgen, doch steter Tropfen höhle auch im Bereich Inklusion den Stein.

Die Tagung fand mit rund 20 Gästen im Rendsburger Hotel ConventGarten sowie parallel als Livestream statt und machte eines deutlich: Das Verständnis für Inklusion ist in der Gesellschaft insgesamt gestiegen, dennoch werden Menschen mit Behinderungen noch immer zu häufig diskriminiert. Um mehr Teilhabe zu ermöglichen, müssen vor allem auf kommunaler Ebene entsprechende Strukturen aufgebaut werden.

Inklusive Gesellschaft noch immer nicht erreicht

Zu der Veranstaltung am 26. März begrüßte Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender des SoVD Schleswig-Holstein, die Gäste vor Ort und vor den Monitoren: „Heute geht es um die Stimmen vieler. Heute vor zwölf Jahren trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Vieles wurde seither auf den Weg gebracht,

um Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben und eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Doch auch 2021 ist Deutschland noch keine inklusive Gesellschaft, wenngleich es Fortschritte gibt.“

Ministerpräsident Günther: Barrieren abbauen!

In seinem Grußwort betonte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) den politischen Willen, zukünftig noch mehr zu erreichen: „Unser Ziel als Landesregierung ist es, Schleswig-Holstein noch inklusiver zu machen, Barrieren abzubauen, ein Bewusstsein zu schaffen für die Belange von Menschen mit Behinderung und echte Partizipation zu ermöglichen.“

Über eigene Erfahrungen mit Barrieren und Vorurteilen berichtete im Rahmen der Tagung auch der Schauspieler Samuel

Koch. Der aus Frankfurt zugeordnete hessische Landtagsabgeordnete Bijan Kaffenberger (SPD) ergänzte Kochs Ausführungen mit der Hoffnung, dass sich die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft erhöht. Allein das wären Kaffenberger zufolge Symbole für Inklusion.

Informationsbedarf vor allem auf kommunaler Ebene

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Tagung bildete eine landesweite Umfrage. Diese zeigte, dass auf Landesebene das Verständnis für Inklusion schon vorangeschritten ist, jedoch nicht auf kommunaler Ebene. Dort bestehe nach wie vor großer Informationsbedarf zu den Themen Inklusion, Barrierefreiheit und Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

So sei etwa im sozialen und privaten Wohnungsbau Barriere-



Foto: SoVD

Trugen zum Erfolg der Tagung bei (v. li.): Alfred Bornhalm, Ulrich Hase, Tan Çağlar, Michaela Pries und Samuel Koch. Michaela Pries ist die neue Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung.

freiheit trotz bestehender gesetzlicher Verpflichtungen bisher leider kaum ein Thema. Hier fehlen meist Sanktionsmechanismen und stärkere Richtlinien. Damit Menschen mit Behinderungen mitentscheiden können, müssen Beteiligungsformate barrierefrei angeboten werden. Alfred Bornhalm sprach sich daher für entsprechende Foren auf kommunaler Ebene aus, die einen Austausch gewährleisten.

Für Ulrich Hase war es die letzte Tagung in seiner Funktion als Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung. Ihm folgt Michaela Pries nach. Aus seiner 26-jährigen Amtszeit gab Hase eine wichtige Erkenntnis preis: „Nichts passiert von heute auf morgen. Doch steter Tropfen höhlt den Stein.“ Wichtig sei, dass Menschen mit Behinderung auf Augenhöhe ins Gespräch kommen könnten.

Im Personenbeförderungsgesetz fehlen Mindeststandards zur Barrierefreiheit

Eine unvollendete Reform

Ende März stimmte der Bundesrat dem neuen Personenbeförderungsgesetz zu. Dieses sieht unter anderem auch Verbesserungen im Bereich der Barrierefreiheit vor. Der SoVD kritisiert jedoch, dass der Gesetzgeber Mindeststandards zur Barrierefreiheit von Fahrzeugen nur unzureichend benennt – also etwa zu Stellflächen von Rollstühlen im öffentlichen Verkehr.

Die Reform des Personenbeförderungsgesetzes hatte der SoVD von Anfang an aktiv begleitet (siehe *Soziales im Blick 02/2021, Seite 5*). Viele Ansätze des Gesetzgebers begrüßte der Verband dabei ausdrücklich. So wird unter anderem der sogenannte gebündelte Bedarfs-

verkehr als neue Form des Gelegenheitsverkehrs gesetzlich ermöglicht. Fahrgäste werden hierbei auf vorherige Bestellung „gebündelt“ befördert, meist geschieht das mit kleinen Fahrzeugen. Für diese wie für Taxis schreibt das Gesetz erstmals Barrierefreiheit vor.

Damit rollstuhlnutzende Menschen entsprechende Angebote von Taxis oder Mietwagen künftig tatsächlich wahrnehmen können, müssen hierfür jedoch dringend einheitliche Mindeststandards vorgegeben und entsprechend normiert werden – etwa zum Platzbedarf oder zu Stellflächen für Rollstühle. Auf diese Notwendigkeit wiesen VdK-Präsidentin Verena Bentele und SoVD-Präsident Adolf Bauer in einem gemeinsamen Brief sowohl die Ministerpräsidenten der Länder als auch den Präsidenten des Bundesrates noch einmal explizit hin.

Mit ihren Forderungen drängen die Verbände nur zum Teil durch. Nachdem der Bundesrat das Personenbeförderungsgesetz Ende März verabschiedet, bleibt die Reform hinsichtlich der Standards zur Barrierefreiheit somit unvollendet. Bei der konkreten Umsetzung der Vorgaben in der Praxis sind nun die Kommunen gefordert. jos



Foto: M.V.schioma / Adobe Stock

Wer bei Beförderungsangeboten Barrierefreiheit vorschreibt, sollte auch Vorgaben dazu machen, wo etwa ein Rollstuhl Platz findet.



Personalien

Am 17. Mai wird **Dr. Helmhold Seidlein** 75 Jahre alt. Der 1. Vorsitzende des SoVD Mecklenburg-Vorpommern engagiert sich neben seinen Ämtern im Landesverband zudem als Beisitzer im Bundesvorstand sowie im Sozialpolitischen Ausschuss (SPA) des Bundesverbandes. In wenigen Wochen begeht Dr. Seidlein ein weiteres Jubiläum, dann gehört er dem SoVD seit genau 20 Jahren an.



Dr. Helmhold Seidlein

Aktiv für Demokratie und Toleranz

Seit über 20 Jahren widmet sich das Bündnis für Demokratie und Toleranz der Aufgabe, zivilgesellschaftliches Engagement sichtbar zu machen und möglichst viele Menschen zum Mitmachen zu ermutigen. Dabei helfen soll der Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“. Gesucht werden in diesem Jahr unter anderem Projekte, die Herausforderungen durch die Pandemie meistern und Chancen nutzen sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und einer Spaltung entgegenwirken.

Wer sich an dem Wettbewerb beteiligen möchte, kann dies noch bis zum 27. Juni tun. Weitere Informationen sowie die Anmeldung über ein Kontaktformular sind im Internet unter: www.buendnis-toleranz.de möglich.

Ehrenamtlicher Einsatz in der Pandemie

Ehrenamtlich Aktive des SoVD engagieren sich während der Corona-Pandemie in einem zusätzlichen, niedersachsenweiten Projekt: In rund fünfzig SoVD-Orts- und -Kreisverbänden bieten sie seit Februar für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen Fahr- und Begleitsdienste zu den Corona-Impfzentren an.



Foto: Klaus Müller

In der Samtgemeinde Ahlden hat Pastorin Mirja Rohr den Kirchbus für den Fahrservice zur Verfügung gestellt. Auf dem Bild zu sehen sind (v. l. n. r.) Jürgen Hestermann, Vorsitzender des Kreisverbands Heidekreis, Mirja Rohr und Heinrich Plesse aus Hodenhagen, der sich ehrenamtlich als Fahrer engagiert.



Foto: Berko Härtel

Das Ehepaar Gisela und Heinrich Kruse wurde von Heinz-Ulrich Kabrodt, Vorsitzender des Ortsverbands Knesebeck, zum rund 35 Kilometer entfernten Impfzentrum in Gifhorn gefahren (v. l. n. r.).



Foto: Grete Speich

In Emden sind drei Fahrer für den SoVD im Einsatz. Ortsverbandsvorsitzender Paul Speich (im Bild) und der gesamte Vorstand freuen sich, hilfsbedürftigen Menschen zur Seite zu stehen.



Foto: Senra Gudzevic

Emira Gudzevic engagiert sich beim Ortsverband Stelle und unterstützt den Fahr- und Begleitservice als Fahrer. Bei ihrem ersten Einsatz begleitete sie Günter Dehling zum Impfzentrum.

Was passiert, wenn Senior*innen nicht eigenständig zum Impfzentrum fahren können? Diesem Problem haben sich etwa fünfzig SoVD-Orts- und -Kreisverbände in Niedersachsen angenommen, von Himmelpforten im Norden bis zu Bartolfelde im Harzvorland. In kurzer Zeit haben sie einen kostenfreien Fahr- und Begleitservice ins Leben gerufen, um unkompliziert zu helfen.

Mancherorts war die Nachfrage von Anfang an groß: „Unsere Mitglieder sind über das Angebot sehr erfreut, und wir bekommen nach den jeweiligen Fahrten zum Impfzentrum nur positive Rückmeldungen“, beschreibt Heinrich Schlüterbusch, Ortsvorsitzender in Sulingen, den Start des Projekts. Vorstandsmitglieder und andere ehrenamtliche Helfer*innen aus allen beteiligten Orts- und Kreisverbänden nehmen seit Februar Terminanfragen entgegen, koordinieren die Fahrten und fahren Impflinge zu den Impfzentren und wieder nach Hause. „Ich begleite alle Personen durch den gesamten Impfvorgang in Stade und helfe auch beim Ausfüllen der Formulare“,

schildert Günter Grootjans, Vorsitzender im Ortsverband Himmelpforten. Auch in Hannover-Land und -Stadt wurde der Fahrservice von Beginn an rege angenommen – fünf ehrenamtliche Fahrer*innen sind dafür seit Wochen regelmäßig im Einsatz. „Dass wir das Problem der An- und Rückreise mit einem einfachen Telefonanruf lösen konnten, freut uns sehr. Wir sind deshalb sehr dankbar für die schnelle und unkomplizierte Hilfe des SoVD“, sagt das Ehepaar Ursula und Werner Akeermann aus Hannover-Bothfeld. Die beiden über 85-Jährigen wurden ins 17 Kilometer entfernte Impfzentrum gefahren. „Es macht Freude, wenn man in schwierigen Zeiten Menschen helfen kann“, heißt es aus dem Ortsverband Hannover-Groß-Buchholz/Bothfeld.

In Nienhagen unterstützen sieben Ehrenamtliche den SoVD-Fahrservice zum Impfzentrum nach Celle. Annette Albrecht-Kesselhut aus dem Ortsvorstand freut sich über die Rückmeldung der Fahrgäste: „Sie sind froh, dass da jemand ist, den sie kennen und der sich kümmert. Gerade die Unsicher-

heit, was sie im Impfzentrum erwartet, können wir ihnen durch die Begleitung bis zum Eingang nehmen.“ Heinz-Ulrich Kabrodt, Ortsvorsitzender in Knesebeck, hat auf seinen zahlreichen Fahrten meistens Senior*innen aus abseits gelegenen Dörfern zum Impfzentrum nach Gifhorn begleitet: „Mit dem ÖPNV von dort nach Gifhorn zu kommen, ist zwar möglich, aber sehr zeitaufwendig“, berichtet er. „Die Resonanz ist durchweg positiv und vor allen dankbar“, fasst Kabrodt zusammen.

„Es tut gut, die ‚helfende Hand‘ zu reichen!“, findet Dagmar Scheffczyk, Vorsitzende im Ortsverband Stelle. Auch für Paul Speich, den Ortsvorsitzenden im ostfriesischen Emden ist es „ein schönes Gefühl, hilfsbedürftigen Menschen zur Seite zu stehen.“ Er kündigt an: „Wir werden den Fahr- und Begleitservice zum Impfzentrum für alle hilfsbedürftigen Mitglieder und Nicht-Mitglieder so lange anbieten wie nötig.“

Eine Übersicht, welche SoVD-Orts- und -Kreisverbände in Niedersachsen einen Fahr- und Begleitservice anbieten, gibt es unter: www.sovd-nds.de. sam



Foto: Dietmar Kempf

Beim SoVD-Ortsverband Nienhagen unterstützen insgesamt sieben ehrenamtliche Fahrer*innen den Fahr- und Begleitservice zum Impfzentrum in Celle. Die Ehrenamtlichen begleiten und befördern auch mobilitätseingeschränkte Personen, die auf einen Rollator als Gehhilfe angewiesen sind.



Foto: Ute Ehresmann

Zusammen mit anderen Ehrenamtlichen ist Ute Ehresmann, 2. Ortsvorsitzende in Groß-Buchholz/Bothfeld, in Hannover-Stadt im Einsatz. Im April fuhr sie dieses Paar zum Impfzentrum.



Foto: Виталий Римдейка / Adobe Stock

Für die Arbeit im Homeoffice sind oft kostspielige Anschaffungen wie Computer, Drucker und andere technische Hardware nötig. Auch zusätzliche Software muss angeschafft werden.

Neue steuerliche Regelung für technische Ausrüstung im Homeoffice

Kosten sind sofort absetzbar

Bislang galt: Die Kosten für Computer und Co. müssen über drei Jahre abgeschrieben werden, wenn sie bestimmte Wertgrenzen überschreiten. Seit 1. Januar 2021 gilt: Arbeitnehmende, die beispielsweise von zu Hause aus arbeiten und sich dafür technische Ausrüstung kaufen, können diese Kosten auf einen Schlag in ihrer Steuererklärung angeben.

Unternehmen und auch Arbeitnehmende mussten bisher Soft- und Hardware, die mehr als 800 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer kostete, über mehrere Jahre abschreiben. Für Arbeitnehmer*innen hieß das, sie hatten die Kosten auf mehrere Steuererklärungen aufzuteilen, statt die gesamten Kosten auf einen Schlag angeben zu können. Das hat sich nun geändert: In seinem Schreiben vom 26. Februar (Dokumentennummer: 2021/0231247) gab das Bundesfinanzministerium (BMF) bekannt, dass neue Geräte bereits im Jahr der Anschaffung abgesetzt werden können – egal, wie teuer sie waren. Gleichzeitig gibt das BMF bekannt, welche informationstechnische Hard- und Software (IT) nach den neuen Regelungen begünstigt ist.

Viel mehr Hard- und Software absetzbar

„Der Begriff Computerhardware umfasst Computer, Desktop-Computer, Notebook-Computer, Desktop-Thin-Clients, Workstations, Dockingstations, externe Speicher- und Datenverarbeitungsgeräte (Small-Scale-Server), externe Netzteile sowie Peripheriegeräte“, heißt es im Schreiben des Bundesfinanzministeriums.

Peripherie-Geräte definiert das Ministerium folgendermaßen: „Peripherie-Geräte sind alle Geräte, die nach dem EVA-Prinzip (Eingabe-Verarbeitung-

Ausgabe) zur Ein- und Ausgabe von Daten genutzt werden“, nämlich Eingabegeräte wie Tastatur, Maus, Grafiktablets, Scanner, Kameras, Mikrofone oder Headsets. Außerdem gehören externe Speicher wie Festplatten, DVD-/CD-Laufwerke, Flash-Speicher (USB-Stick) oder Bandlaufwerke (Streamer) dazu. Auch Ausgabegeräte wie Beamer, Plotter, Lautsprecher, auch Monitore, Displays sowie „Drucker“ sind den neuen Abschreibungsregeln zufolge auf einen Schlag absetzbar.

Das Gleiche gilt für Software – dabei kann es sich sowohl um Standardsoftware als auch um individuelle Software handeln. Dazu gehören dem BMF-Schreiben zufolge auch die Anwendungsprogramme eines Systems zur Datenverarbeitung sowie neben Standardanwendungen auch auf den individuellen Nutzer abgestimmte Anwendungen wie ERP-Software, Software für Warenwirtschaftssysteme oder sonstige Anwendungssoftware zur Unternehmensverwaltung oder Prozesssteuerung.

Rückwirkend ab 1. Januar 2021 gültig

Die neue Regel für die Absetzung für Abnutzungen (Afa) tritt rückwirkend zum 1. Januar in Kraft und gilt auch für die kommenden Jahre. Heißt konkret für dieses Jahr: Arbeitnehmende, die sich 2021 technische Ausrüstung fürs Homeoffice

kaufen oder bereits gekauft haben, können die Kosten dafür in ihrer Steuererklärung 2021 angeben.

Wichtig: Wer sich kostspielige Hard- oder Software anschafft, sollte auch seine übrigen Werbungskosten wie Fahrtkosten oder Ähnliches in der Steuererklärung angeben. Denn nur wer über den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.000 Euro jährlich hinauskommt, profitiert von der neuen Regelung.

Übrigens: Arbeitnehmende, die ihre IT-Anschaffung nicht zu mindestens 90 Prozent beruflich nutzen, können nicht den vollen, sondern nur den anteiligen beruflich veranlasseten Betrag ansetzen. Hier hilft eine Bescheinigung des Arbeitgebers, der die berufliche Veranlassung des Kaufs der Hard- und Software bestätigt. Auf Rückfragen des Finanzamts können Arbeitnehmende diese Bescheinigung dann vorlegen und die berufliche Veranlassung belegen.

Die VLH: Größter Lohnsteuerhilfsverein Deutschlands

Der Lohnsteuerhilfsverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) ist mit mehr als einer Million Mitglieder und rund 3.000 Beratungsstellen bundesweit Deutschlands größter Lohnsteuerhilfsverein. Gegründet im Jahr 1972, stellt die VLH außerdem die meisten nach DIN 77700 zertifizierten Berater.

Quelle: VLH



Foto: Mat Hayward / Adobe Stock

Wer zu Hause ohne richtige Anleitung einen Angehörigen pflegt, kann Hilfe und Tipps gut gebrauchen.

AOK Bayern erweitert ihr Online-Kursangebot

Interaktiv mitmachen

Pflegende Angehörige haben im Pflegealltag oft viele Fragen. Deshalb unterstützt sie die AOK Bayern mit einem neuen Online-Pflegekurs. Dieser vermittelt in verschiedenen Themenmodulen das notwendige Wissen, um die Pflege zu Hause besser bewältigen zu können.

„Mit dem neuen Online-Pflegekurs können Betroffene gezielt das Thema auswählen, das sie am besten in ihrer individuellen Pflegesituation in den eigenen vier Wänden unterstützt. Das digitale Angebot ist gerade in der Pandemiezeit wertvoll, in der keine Präsenzkurse vor Ort möglich sind“, so Alexandra Krist, Geschäftsbereichsleiterin Pflege der AOK Bayern.

Der Onlinekurs umfasst insgesamt sechs verschiedene Module, die wichtige Themen des Pflegealltags abdecken. So finden Betroffene Hilfe im Bürokratiedschungel – beispielsweise worauf sie beim Pflegeantrag achten müssen oder was bei der Pflegebegutachtung wichtig ist. Für die Anforderungen im Alltag rüsten die Module „Stürze vermeiden“, „Mobilität und Lagern“ und „Körperhygiene“. Darüber hinaus gibt es auch Informationen und Anregungen zum altersgerechten Wohnen. Zum Thema Demenz bietet ein eigenes Modul Unterstützung. Jedes Modul lässt sich als eigenständiger Kurs bearbeiten, für den auch eine Teilnahmebescheinigung ausgestellt werden kann. Das kostenfreie Angebot steht allen Interessierten zur Verfügung.

Der neue Online-Pflegekurs kann auch als Ergänzung zum bisherigen digitalen Basispflegekurs „Pflegen zu Hause“ genutzt werden. Der Online-Basispflegekurs hat bereits rund 230 bei der AOK Bayern versicherte pflegende Angehörige und Pflegebedürftige umfassend durch die Grundlagen der Pflege geführt. Mehr als 90 Prozent der Nutzer bewerten den Kurs als sehr gute bzw. gute Unterstützung. Hinweis: Weitere Infos zu beiden Online-Pflegekursen gibt es unter: <https://www.aok.de/pk/bayern/inhalt/pflegen-zuhause-3/>.

Darüber hinaus bietet die AOK Bayern Patient*innen mit Diabetes Typ 2 und Angehörigen einen Online-Coach. Das Programm soll ihnen helfen, die Krankheit besser zu verstehen und ihren Lebensstil entsprechend anzupassen. An der Entwicklung war ein Expertenteam aus Diabetologen, Psychologen sowie Ernährungs- und Sportwissenschaftlern beteiligt. Schritt für Schritt erklärt das interaktive Online-Programm, wie die Krankheit entsteht, was genau im Körper passiert und warum bei Patienten mit Typ-2-Diabetes das Risiko für bestimmte Folgeerkrankungen steigt. Zahlreiche Videos und Animationen, die eigens für den Online-Coach produziert wurden, vermitteln praktische Ratschläge, wie Patient*innen die Umstellung ihrer Ernährung oder die Integration von mehr Bewegung in ihren Tagesablauf schaffen können. Das Angebot ist für AOK-Versicherte kostenlos – ein Teil des Programms kann auch von Versicherten anderer Krankenkassen genutzt werden. Der neue Online-Coach „Diabetes“ findet sich unter: <https://diabetes.aok.de/>

Der Auto Club Europa (ACE) gibt Tipps zum Start der Fahrradsaison

Sicherheitscheck für Fahrrad und Pedelec

Nachdem viele Fahrräder und Pedelecs monatelang im Keller oder in der Garage überwintert haben, müssen sie vorher kontrolliert und gegebenenfalls straßentauglich gemacht werden. Zu einer guten Vorbereitung für einen sicheren Saisonstart gehört nicht nur eine gründliche Reinigung, sondern auch ein Komplettcheck.

Richtig reinigen

Ist der Schmutz weg, lassen sich Mängel besser finden und leichter beheben. Eine Reinigung ist zudem der beste Schutz vor Korrosion. Um Rahmen und Lenker zu säubern, eignen sich eine Bürste oder ein Schwamm sowie etwas Spülmittel. Bei feineren Teilen kann eine Zahnbürste zum Einsatz kommen. Die Kette sollte mit speziellem Kettenreiniger behandelt werden. ACE-Tipp: Gartenschlauch statt Hochdruckreiniger. Denn durch zu hohen Sprühdruk kann Wasser dorthin geraten, wo es nicht wieder auslaufen kann – Rost droht!

Schrauben prüfen:

Für ein sicheres Fahrgefühl ist das Überprüfen und gegebenenfalls Nachziehen aller Schraubverbindungen Pflicht. Aber unbedingt vorsichtig nachziehen. ACE-Tipp: Damit empfindliche Bauteile nicht durch zu viel Kraftaufwand kaputt gehen, sollte für die Schrauben ein Drehmomentschlüssel benutzt werden.

Kette ölen

Eine intakte, saubere und gut geölte Kette sorgt für Fahrspaß und schont die Kränze. Hängt

sie durch, benötigt sie zunächst neue Spannung. Damit alles reibungslos läuft, sollten die einzelnen Kettenglieder mit einer Bürste oder einem trockenen Tuch gereinigt werden. Danach wird sie mit etwas Kettenöl neu geschmiert. ACE-Tipp: Überschüssiges Schmiermittel mit einem Lappen entfernen, denn sonst wird Schmutz angezogen.

Richtiger Luftdruck

Über den Winter verlieren die Reifen meist Luft und müssen vor der Fahrt neu aufgepumpt werden. Der ideale Luftdruck ist an der Reifenflanke abzulesen. Zudem müssen sie frei von Beschädigungen sein. Finden sich beispielsweise auf der Reifenflanke Risse oder ist das Profil sichtbar abgefahren, müssen Ersatzmäntel aufgezogen werden. ACE-Tipp: Lässt sich der Reifen an Trekking-, City- oder Mountain-Bike mit dem Daumen mehr als einen Zentimeter eindrücken, muss nachgepumpt werden.

Bremsen ausprobieren

Das Testen der Bremswirkung auf sicherem, möglichst unbefahrenem Gelände ist vor der ersten Fahrt nach dem Winter ein Muss. Zum Beispiel ein



Foto: Andrey Popov / Adobe Stock

Der Wasserschlauch ist beim Reinigen des Fahrrads schonender als ein Hochluftdruckreiniger.

leerer, gesperrter Parkplatz vor dem Rathaus, dem Gemeindeamt oder einem Gewerbegebiet, kann außerhalb der Geschäftszeiten und wenn niemand zu Fuß in der Nähe unterwegs ist, für den Bremstest ein geeigneter Ort sein. Kommt das Rad bei Betätigung nicht unmittelbar zum Stehen oder lässt sich der Bremshebel bis zum Lenker ziehen, sind die Bremsen eventuell zu locker eingestellt oder die Beläge abgenutzt. Beides muss behoben werden. ACE-Tipp: Sind keine ausreichenden Fachkenntnisse oder Werkzeuge vorhanden, besser einen Termin in einer Fahrradwerkstatt vereinbaren. Sicherheit geht vor.

Sichtbarkeit gewährleisten

Hat das Rad lange gestanden, können die elektrischen

Kontakte der Beleuchtung korrodiert sein. Deshalb sollte geprüft werden, ob Vorder- und Rücklicht noch funktionieren. Dabei die Kontrolle von Anstecklichtern nicht vergessen. Auch muss der Frontscheinwerfer teils neu ausgerichtet werden. Sein Lichtkegel sollte leicht nach unten geneigt sein. ACE-Tipp: Schmutz und Spritzwasser beschmutzen schnell die Reflektoren. Ein prüfender Blick lohnt vor jeder Fahrt.

Klingel testen

Im Straßenverkehr auf sich aufmerksam machen zu können, kann Leben retten. Eine gut vernehmbare Klingel ist deshalb Voraussetzung. Vor der ersten Fahrt nach der Winterpause sollte deshalb unbedingt eine Funktionsprobe erfolgen. ACE-

Tipp: Auch auf Position und Halten achten: Die Klingel sollte für die Hand möglichst leicht erreichbar sein. Bestenfalls ist sie am Lenker direkt neben dem Griff montiert.

Akku überprüfen

Bei Pedelecs heißt es zusätzlich: den Akku checken. Der Akku entlädt sich auch bei Stillstand mit der Zeit. Deshalb sollte er vor der ersten Frühlingsausfahrt wieder voll aufgeladen werden. Der Akkustand wird in der Regel über ein Bedienelement am Lenker oder mittels einer Prüftaste am Akku selbst angezeigt. ACE-Tipp: Der Akku sollte nie ganz voll und nie ganz leer gelagert werden. Am schonendsten für den Akku ist ein Winterschlaf mit einem Ladungsstand von 60 bis 80 Prozent.

Ehrenamtliche Richter

Birgit Echelmeyer wird mit Wirkung vom 1. Mai 2021 zur ehrenamtlichen Sozialrichterin am Sozialgericht München berufen. Der Landesverband Bayern gratuliert seinem Mitglied Frau Echelmeyer herzlich zu der Ernennung und wünscht immer ein „gutes Händchen“ bei allen Entscheidungen und viel Freude an der neuen Aufgabe.

Glückwünsche

Glück ist Liebe, nichts anderes. Wer lieben kann, ist glücklich.

Hermann Hesse

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

70 Jahre: 19.5.: Klaus-Peter Kleinhardt, Tegernheim, Jürgen Köhler, Erding, Josip Svibovec, München; 27.5.: Monika Dießenbacher, Mickhausen.

75 Jahre: 14.5.: Traudl Reber, Röthenbach; 15.5.: Uwe Wittenbreder, Schwaig.

91 Jahre: 1.5.: Petronella Hertel, Erding.

92 Jahre: 6.5.: Ingeborg Murek, Augsburg.

94 Jahre: 5.5.: Ilse Lemmerhirt, Füssen.

Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Schwannseestraße 18, 81373 München, Tel.: 089/53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbara.hoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail:

rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebersfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprech-

partner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in Würzburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.

Bedenken zur Gesetzesinitiative für Vielkläger

SoVD hinter den Kulissen aktiv

Aktivitäten halten sich coronabedingt leider – zumindest was die öffentliche Wahrnehmung betrifft – sehr im Rahmen. Allerdings ist der Landesverband Hessen auch hinter den Kulissen aktiv: Der Vorstand des SoVD Hessen brachte sich mit einem Brief an den Ministerpräsidenten Volker Bouffier Bedenken hinsichtlich der angepassten hessischen Gesetzesinitiative zur Einführung einer besonderen Verfahrensgebühr für „Vielkläger“ ins sozialgerichtlichen Verfahren ein.

Am 19. Februar hatte der Rechtsausschuss des Bundesrates dem Bundesrat die Annahme der angepassten hessischen Gesetzesinitiative zur Einführung einer besonderen Verfahrensgebühr für „Vielkläger“ im sozialgerichtlichen Verfahren empfohlen. Daraufhin wollte SoVD-Landesvorsitzender Rudolf Schulz nicht einfach warten, bis eine Entscheidung gefallen war. Gemeinsam mit Heike Sommerauer-Dörzapf formulierte er, federführend unterstützt von der Rechtsabteilung des Bundesverbandes, eine entschiedene Ablehnung des vorgelegten Entwurfs.

„Unser Rechtssystem bietet schon andere Lösungen, um das sogenannte Querulanten-tum einzudämmen“, konstatierte Schulz, der eine flächendeckende Einführung einer Gerichtsgebühr für sogenannte „Vielkläger“ aus sozialpolitischen und verfassungsrechtlichen Gründen ablehnt. „Wegen der Gewährleistung eines wirkungsvollen Rechtsschutzes in Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz darf eine solche Regelung nicht dazu führen, dass der Zugang zu den Gerichten in unsachgemäßer und unzumutbarer Weise – etwa nach Maßgabe wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit – erschwert wird“, zitierte Schulz aus einem Bundesverfassungsbeschluss aus dem Jahre 1979. Der Gesetzent-



Foto: Dan Race/Adobe Stock

Der umstrittene Vielkläger-Gesetzesentwurf wurde vom Bundesrat abgelehnt. Dazu hatte auch der Widerspruch des SoVD beigetragen.

wurf stütze sich lediglich auf nicht belegbare Behauptungen und Annahmen. Daher fordert Schulz valide Grundlagen, die den Zusammenhang zwischen der Gebührenfreiheit und dem Klageaufkommen belegen. Die Sozialgerichtsbarkeit als Bestandteil des sozialen Sicherungssystems sei der Garant für den sozialen Frieden in unserem Land, heißt es in dem Brief an Ministerpräsident Volker Bouffier, der auch an die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann geschickt wurde.

Bouffier hatte auf Beschluss der hessischen Landesregierung schon im August 2020 an den Bundesrat herangetragen, die Einbringung des Entwurfs beim Deutschen Bundestag

zu beantragen. Auch das DGB-Bundesvorstandsmitglied Anja Piel und SoVD-Präsident Adolf Bauer sprachen sich in einer Presseerklärung ausdrücklich gegen den Gesetzesentwurf aus.

Das erfreuliche Ergebnis: Der Gesetzesantrag vom Land Hessen wurde am 5. März im Bundesrat beraten und abgelehnt. Der Antrag fand bei der Abstimmung im Plenum nicht die erforderliche Mehrheit und wird daher nicht in den Bundestag eingebracht. Der SoVD, der gemeinsam mit dem DGB und dem Deutschen Anwaltsverein gegen diesen Vorstoß mobil gemacht hatte, begrüßte das Ergebnis ausdrücklich. Aus Sicht des Verbandes darf es keine Frage des Geldbeutels sein, Recht zu erhalten.

Sozialberatungsstellen in Nordhessen ausgeweitet

Mit viel Einsatz am Werk

Die Sozialrechtsberatung ist eine der am meisten nachgefragten Leistungen des SoVD. Deshalb baut der Landesverband sein Beratungsnetz kontinuierlich weiter aus, zum Beispiel in Korbach, Bad Wildungen und Bad Hersfeld.

Sozialberatungsstelle Korbach

Wie bereits angekündigt, wurden mittlerweile geeignete Räumlichkeiten zur Gründung einer Sozialberatungsstelle in Korbach in der Klosterstraße 20 gefunden. Die Räumlichkeiten werden derzeit noch vom SoVD-Ortsvorstand renoviert und mit kostenlos erhaltenem Büromöbel ausgestattet. Federführend sind die Ortsvorsitzenden Christoph Vogel und Ralf Wiegelmann. Unterstützt durch die Rechtsanwältin für Sozialrecht, Cornelia Gebhardt, können hier Sozialberatungen stattfinden, sobald alles vollständig ausgestattet ist. Hierüber werden wir in der SoVD-Zeitung berichten und Ihnen rechtzeitig die Beratungszeiten bekannt geben.

Sozialberatungsstelle Bad Wildungen

Wegen Kündigung zwecks Eigenbedarf mussten die Beratungsräume in der Konrad-von-Soest-Straße 2a bis zum 31. Dezember letzten Jahres geräumt werden. Der Ortsvorsitzende Hans-Jürgen Schmidt und seine Kollegen konnten jedoch bereits nach kurzer Zeit geeignete Räumlichkeiten für die Sozialberatung in der Innenstadt finden. Diese waren stark renovierungsbedürftig, wurden aber innerhalb kürzester Zeit in Eigeninitiative von den Verantwortlichen des Ortsverbandes Bad Wildungen renoviert. Für diesen vorbildlichen Einsatz gebührt den Aktiven großer Dank. Die Beratungsstelle befindet sich auf der Trumpe 2, Eingang Bahnhofstraße (für Insider „An der Kaffeemühle“). Mittlerweile konnte an diesem Ort die Beratungstätigkeit durch Hans-Jürgen Schmidt aufgenommen werden. Die Sprechstunden finden jeweils am Montag von 14 bis 18 Uhr und am Mittwoch von 8 bis 14 Uhr statt. Auch hier steht die Rechtsanwältin Cornelia Gebhardt bei Bedarf als Sozialrechtsberaterin zur Seite.

SozialKompetenzZentrum Bad Hersfeld

Der Kooperationspartner des SoVD ist Corona-Testzentrum. Dank des raschen Handelns des Landkreises Bad Hersfeld-Rotenburg, in Kooperation mit dem Gesundheitsamt, kann die Bevölkerung sich seit Mitte März einmal wöchentlich kostenlos im Sozialkompetenzzentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, auf Corona testen lassen. Geöffnet ist täglich von 11 bis 16 Uhr und sonntags von 14 bis 17 Uhr. Die Anmeldung erfolgt unter Tel.: 06621/91 30 60, es geht aber auch ohne. Der Test dauert knapp 15 Minuten. Das Testergebnis wird im Anschluss mitgegeben.

 **Personalien**

Heike Sommerauer-Dörzapf ist neue Landesgeschäftsführerin des SoVD Hessen. Eine Initiative des Landesverbandes Hessen und der rechtlich nicht selbstständigen Landesverbände hatte das Präsidium davon überzeugt, dass gerade auch für die „kleinen“ Landesverbände die Einstellung von qualifizierten hauptamtlichen Geschäftsführer*innen erforderlich ist, um deren zukunftsfähigen Fortbestand zu sichern und die ehrenamtlichen Landesvorstände zu unterstützen.



Heike Sommerauer-Dörzapf

Seit April 2016 war Heike Sommerauer-Dörzapf im Rahmen des Projektes VerSo (VerbandsSolidarität) zur Neuausrichtung und Stabilisierung des Landesverbandes Hessen als Projektleiterin tätig. Zum 1. Januar 2021 hat sie die Position der Landesgeschäftsführerin übernommen. Somit kann die bisher erfolgreiche kontinuierliche Weiterentwicklung des Landesverbandes Hessen mit dem Landesvorstand und der Geschäftsführerin gemeinsam fortgeführt werden.

Masernimpfung Pflicht

Eltern sollten sich den 31. Juli 2021 vormerken: Bis dahin müssen sie für ihre Kinder eine altersentsprechend vollständige Masernschutzimpfung nachweisen, wenn diese schon länger als seit dem 1. März 2020 eine Schule oder Kita besuchen.

Seit 1. März 2020 muss der Impfstatus schon immer dann belegt werden, wenn Kinder neu in eine Kita, Schule oder andere Gemeinschaftseinrichtung kommen.

Als Nachweis für den vollständigen Impfschutz genügt ein Eintrag im Impfausweis, als Nachweis für eine Immunität eine entsprechende ärztliche Bescheinigung. Bei Kindern kann der Eintrag im gelben Kinderuntersuchungsheft erfolgen.

Diejenigen, die keinen Impfnachweis erbringen können, dürfen nicht mehr in der betroffenen Kita oder Schule betreut oder tätig sein – ausgenommen sind schulpflichtige Kinder sowie Personen, deren medizinische Vorgeschichte gegen die Masernimpfung spricht. Wer keinen erforderlichen Nachweis hat, muss mit einem Bußgeld in Höhe von bis zu 2.500 Euro rechnen.

Quelle: AOK



Glückwünsche



Foto: Ortis/Adobe Stock

Allen Mitgliedern, die im Monat Mai Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung. Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 6.5.: Doris Obermann, Liebenau; 15.5.: Michael Hildmann, Oestrich-Winkel; 25.5.: Amir Akbari, Bad Nauheim; 27.5.: Sabine Akbari, Bad Nauheim.

65 Jahre: 7.5.: Gertrud Hilberg, Wetter; 24.5.: Lieselotte Groß, Wetter.

70 Jahre: 1.5.: Gerlinde Flach,

Geisenheim; 10.5.: Brigitte Müller, Battenberg; 16.5.: Elisabeth Zimmer, Münchhausen; 19.5.: Margot Reuß, Frankfurt; 23.5.: Rainer Grund, Allendorf.

75 Jahre: 1.5.: Karl Schluckebier, Staufenberg; 3.5.: Christa Fischer, Bad Wildungen; 10.5.: Willi Fehsel, Hofgeismar; 11.5.: Elke Dietz, Calden; 16.5.: Anne-Dore Fehn, Bickenbach; 19.5.: Renate Fey, Ringgau; 19.5.: Roland Dornhecker, Bad Soden-Salmünster; 21.5.: Anke Kobelt, Kassel; 25.5.: Werner Weber, Marburg; 26.5.: Klaus-Dieter

Pohle, Lahntal; 29.5.: Karin Reinhardt, Cölbe.

80 Jahre: 4.5.: Ingeborg Vögeli, Hofgeismar; 5.5.: Gundela Oltmanns-Ahlborn, Calden; 12.5.: Jürgen Stein, Rudesheim am Rhein; 13.5.: Helga Wörner, Hofgeismar; 15.5.: Alfons Langner, Gladenbach; 18.5.: Günter Rink, Linsengericht; 21.5.: Hans Althaus, Münchhausen; 24.5.: Michel Descombes, Ebsdorfergrund; 24.5.: Helmut Koch, Gladenbach.

85 Jahre: 19.5.: Günter Lomatzsch, Flörsheim; 24.5.: Ger-

line Daumann, Oestrich-Winkel.

95 Jahre: 6.5.: Irene Creutzburg, Kassel; 24.5.: Helmut Lüdde, Frankfurt.

95 Jahre: 14.4.: Heinrich Fesch, Vellmar.

99 Jahre: 16.4.: Irmgard Steinberg, Hochheim.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Hilfe bei Steuerfragen

In Ergänzung zu den Telefon-Finanzservicestellen in allen hessischen Finanzämtern gibt es die zentrale Hotline für allgemeine Steuerfragen, um den Bürger*innen bei allgemeinen Steuerfragen zu helfen. Diese ist von montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr unter der kostenfreien Telefonnummer 0800/52 25 335 erreichbar. Unter der E-Mail-Adresse: finanzamt.hessen.de steht ein virtuelles Finanzamt mit umfassenden Informationen zur Verfügung.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Informationen zum SoVD wenden Sie sich gerne telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.

Info-Telefon Pflege: Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: durch Juristin Sigrig Jahr jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, vorherige Terminvereinbarungen erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr bei Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, Terminabsprache per

E-Mail: sbzgiessen@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung bei Juristin Sigrig Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06033/74 88 999.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Silke Marx, im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88 in 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung bei Rechtsanwältin Silke Marx, Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrig Jahr, Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialsprechstunde mit Sigrig Jahr: jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, Schöne Aussicht 24, 61350 Bad Homburg vor der Höhe. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 8 51 08.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung durch Hans Arnold, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder per E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Frank Sunkomat und Sozialjuristin Silke Marx jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Lui-

senstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/85 043 oder per E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau:

Es berät Hans Arnold, Aegidiusstraße 10, 65375 Oestrich-Winkel, nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723/88 66 911, E-Mail: sovd@arnold-rheingau.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülot-Carvajal dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen: 34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung durch Hans-Jürgen Schmidt, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537 Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 05621/96 78 787

Sozialrechtsberatung erfolgt durch Rechtsanwältin Cornelia Gebhardt, nur nach telefonischer Terminvereinbarung.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhaus. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (Erdgeschoss). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax:

06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: SozialKompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung: jeden Montag, 16–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil).

Außerhalb der Beratungszeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs unter Tel.: 06422/89 87 202, oder Hans-Werner Dersch unter Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain:

durch Sozialjuristin Annette Mülot-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (Kontakt Daten s. oben).

Lesen Sie die SoVD-Zeitung als E-Paper!

Als ältester deutscher Sozialverband ist der SoVD „aus Tradition modern“. Auch bei den Verbandsmedien setzen wir auf Bewährtes und gehen gleichzeitig neue Wege. Dabei vernetzen wir auf sinnvolle Weise herkömmliche und digitale Informationskanäle, um die unterschiedlich gelagerten Bedürfnisse aller SoVD-Mitglieder zu berücksichtigen.

Seit dem vergangenen Jahr bereits können Sie die Mitgliederzeitung zusätzlich zur Printversion auch als E-Paper lesen. Die Probephase des E-Papers, in der wir anknüpfend an unsere Leser*innenbefragung vor allem das vorhandene Interesse herausfinden möchten, läuft bis Ende Mai. Von Ausgabe zu Ausgabe wächst, wie schon bei der SoVD-Magazin-App, das Interesse.

Wie funktioniert's?

1. Anmeldung unter www.sovd.de/e-paper

- Einfach Namen, E-Mail und Mitgliedsnummer eintragen.
- Ins Postfach schauen!

2. Bezug über die App:

- Sie finden das E-Paper in Ihrem Kiosk, wenn Sie die SoVD-App installiert haben.



Foto: Farknot Architect / Adobe Stock

Anmeldung unter www.sovd.de/e-paper



Immer mehr SoVD-Mitglieder haben Interesse daran, die SoVD-Zeitung zusätzlich zur Printversion auch als E-Paper zu lesen.

Es ist ganz leicht, sich für das neue Format anzumelden. Die einzelnen Schritte zur Anmeldung erklären wir hier (rechts). Gerne verdeutlichen wir ebenso die einzelnen Produktionsschritte.



Erfolgreich anmelden!

Auf der Startseite des SoVD finden Sie das Anmeldeformular. Sie können in Ihren Browser auch www.sovd.de/e-paper eingeben, um direkt dorthin zu gelangen. Halten Sie Ihre Mitgliedsnummer bereit und geben Sie in das dafür vorgesehene Feld Ihre aktuelle E-Mail-Adresse ein. Nach der Anmeldung erhalten Sie eine Bestätigungse-Mail an diese Adresse geschickt. Damit sind Sie bereits in den Verteiler aufgenommen!



Printversion und E-Paper

Wann und wo wird das E-Paper erstellt? Direkt nach der Fertigstellung und dem Ausdruck im Druckhaus Dierichs in Kassel wird auch das E-Paper produziert.

Auch die digitale Version der Zeitung wird in jedem Falle vor Ende des Vormonates der jeweiligen Ausgabe fertiggestellt und Ihnen dann per E-Mail nach Hause zugestellt.



Die Zeitung online lesen

Noch vor Erhalt Ihrer gedruckten Zeitung auf dem Postweg sollten Sie Ihre digitale SoVD-Zeitung in Ihrem E-Mail-Postfach haben.

Im Betreff steht zum Beispiel: SoVD-Zeitung / Märzausgabe. In Ihrer E-Mail finden Sie den Link zur aktuellen Ausgabe, den Sie nur anklicken müssen. Kontrollieren Sie bitte vorsorglich auch Ihren Ordner „Unbekannt“, falls Sie sich angemeldet, aber keine Zeitung erhalten haben.



E-Paper in der App

Wenn Sie bereits die SoVD-Magazin-App installiert haben, können Sie das E-Paper auch ohne Anmeldung beziehen. Sobald die Ausgabe fertiggestellt ist, wird sie dort eingestellt und ist mit allen bekannten Vorteilen wie der Zoomfunktion, der Sprachausgabe und der schnellen Navigation durch interaktive Schaltflächen nutzbar.

Die Anwendung ist im App Store und bei Google Play unter „SoVD-Magazin-App“ zu finden.

Tipp für Kinder

Der Schöne-Träume-Laden

Öffnet man die Tür des Schöne-Träume-Ladens, ertönt zunächst ein leises Glöckchen. Die Inhaberin Anna Zaubermond heißt gemeinsam mit ihren Freuden Mauselinchen und dem frechen Wecker Ticktack alle Besucher*innen willkommen. Zu diesen gehören unter anderem ein zappeliges Elfenkind, ein ängstlicher Fuchs, ein kribbeliges Menschenmädchen, ein sehnsüchtiger Kapitän und ein schlafloses Glühwürmchen. Dank liebenswerter Einschlaf Tipps werden auf diese Weise kleine und große Träume wahr.



Sandra Grimm: *Der Schöne-Träume-Laden. Wunderzauberhafte Gutenacht-Geschichten.* Arena, ab 4 Jahren, 144 Seiten, ISBN: 978-3-401-71588-9, 13 Euro.

Möchtet ihr eines der Bücher gewinnen? Dann löst die Aufgabe aus „Rolands Rätselecke“ und schickt die Lösung unter dem Betreff „Schöne Träume“ per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

Rolands Rätselecke

Sortiere die Teile des Puzzles!

Jedes der Dinge auf dem Foto unten könnte eine eigene Geschichte erzählen. Leider sind jedoch die einzelnen Teile etwas durcheinandergeraten! Kannst du das Bild wieder richtig zusammensetzen? Wenn es dir gelingt, ergeben die Buchstaben das gesuchte Lösungswort – viel Erfolg!



Foto: BrAt82 / Adobe Stock

Voll durchgeblickt

Wie kann Unterricht zu Hause funktionieren?



Foto: Halfpoint / Adobe Stock

Das individuelle Lernen am Laptop ist eine ganz andere Situation als der gemeinsame Unterricht im Klassenraum.

Seit über einem Jahr bestimmt das Coronavirus weite Teile unseres Lebens. Damit sich niemand beim Unterricht anstecken kann, wurden auch Schulen immer wieder geschlossen. Kinder und Jugendliche, aber auch deren Lehrkräfte mussten das Lernen komplett neu organisieren. Wie aber kann der Unterricht daheim („Homeschooling“) funktionieren und worauf sollte man dabei achten?

Während in der Schule alle unter gleichen Voraussetzungen lernen, sieht das zu Hause anders aus. Hier hängt vieles von der Situation in der Familie ab. Die folgenden Tipps gelten daher nicht für alle Schülerinnen und Schüler in gleichem Maße.

Den Arbeitsplatz selbst richtet man am besten an einem ruhigen Ort ein – also fernab von Spielsachen oder Fernseher. Beim Lernen zuhause sollte es nach Möglichkeit auch einen

Stundenplan geben. Im Tagesablauf sollten unbedingt regelmäßige Pausen vorkommen, in denen man den Computer abschaltet und sich am besten an der frischen Luft bewegt. In die Gestaltung des Stundenplans wiederum könnten Lehrerinnen und Lehrer die Klasse einbeziehen. Das erhöht letztlich die Motivation.

Eltern wiederum tun gut daran, mit der Schule im Austausch zu bleiben, um so zu wissen,

welche Lerninhalte gerade bearbeitet werden. Wer als Vater oder Mutter selbst von zu Hause arbeitet, kann Pausenzeiten zudem mit den eigenen Kindern verbringen und zu gemeinsamen Aktivitäten nutzen. Natürlich ersetzt all das nicht die Begegnung mit Gleichaltrigen. Daher sollten sich Kinder und Jugendliche auch untereinander austauschen und dabei – falls nötig – von ihren Eltern unterstützt und gefördert werden.

Sag mal, das da ist ein Eichhörnchen, oder?

Gibt's die auch in 'nem anderen Muster?

Klar, Spatzenhirn – als Streifenhörnchen!

Jupp.

crunch, crunch, crunch

Fotos: nataba / Adobe Stock; Montage: SoVD

 **Zeitmaschine**

Auferstanden aus Ruinen

Am 17. Mai 1946 wurde ein Staatsunternehmen gegründet, dessen Auftrag eindeutig war: Die Menschen sollten mit filmischen Mitteln für die Idee des Sozialismus begeistert werden. Neben der Arbeitswelt stand zudem der Kampf gegen den Faschismus im Mittelpunkt. Lange vor der Gründung der DDR nahm vor 75 Jahren die Deutsche Film AG, kurz DEFA, ihre Arbeit auf.

Im Zuge der Entnazifizierung sollte nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) auch die Filmindustrie von reaktionären Elementen befreit werden. Zu diesem Zweck wurde in Potsdam-Babelsberg das Filmunternehmen DEFA gegründet.

Da der sowjetischen Besatzungsmacht daran gelegen war, das Medium Film als Propagandamittel schnell wieder nutzen zu können, beschlagnahmte sie alle dem Deutschen Reich zu dem Gebiet der SBZ gehörenden Vermögenswerte. Zu diesen gehörten unter anderem die

traditionsreichen Ateliers der Ufa, in denen Klassiker wie „Metropolis“ oder „Der blaue Engel“ gedreht worden waren. Mit der Produktion ihres ersten eigenen Films verlor die DEFA keine Zeit. In den Ruinen des zerbombten Berlins drehte Wolfgang Staudte das Drama „Die Mörder sind unter uns“.

Nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik stand die DEFA zunehmend unter der Kontrolle der Einheitspartei SED. Trotz deren Einmischung gab es jedoch auch Filmemachende, die sich der Parteilinie widersetzen und zumindest indirekt auf die Probleme und Missstände im Land hinwiesen.

Mit der Wiedervereinigung endete dann die Geschichte der DEFA. Wie zahlreiche andere DDR-Betriebe auch wickelte die Treuhand das Unternehmen ab und privatisierte die Studios. Immerhin blieb dem filmischen Erbe der DEFA dieses Schicksal erspart. Um dieses kümmert sich seit 1998 eine gemeinnützige Stiftung.



Foto: picture-alliance

Nachkriegsdrama vor bedrückender Kulisse: Hildegard Knef bei den Dreharbeiten zu „Die Mörder sind unter uns“.

 **Gib's doch gar nicht, oder?**

Insekten bei der Müllabfuhr

Nicht erst seit der Corona-Krise haben wir Menschen es uns angewöhnt, unser Essen mitzunehmen und quasi im Gehen zu verzehren – auf der Straße. Dabei landet einiges an Krümeln und Essensresten auf dem Boden. Um die Entsorgung kümmern sich tagtäglich unzählige Insekten. Welche Mengen, die Tierchen dabei vertilgen, ermittelten Wissenschaftler*innen für einen 15 Kilometer langen Straßenabschnitt in New York: Unsere Krümel entsprechen einer jährlichen Masse von rund 60.000 Hot Dogs.

Wenn Sie sich jetzt 60.000 Würstchen im Brot vorstellen, halten Sie sich bitte auch vor Augen, dass sich diese Menge an Krümeln „nur“ auf 15 Kilometer Gehweg bezieht und nicht auf die ganze Stadt New York.

Wie kamen die Forscher*innen der Universität von North Carolina zu ihren Erkenntnissen? Ganz einfach: Sie stellten engmaschige Käfige mit Essensresten auf, an die nur Insekten herankamen. Sie rechneten die ver-

schwundene Menge hoch und kamen pro Jahr auf etwa eine Tonne Lebensmittel, die vorrangig von Ameisen entsorgt wird. Ärgern dürfte das Ratten und Tauben, denen somit einiges entgeht.



Fotos: Joel Villanueva, Antrey / Adobe Stock; Montage: SoVD

New York gilt als Stadt, die niemals schläft. Für Insekten trifft diese Beobachtung wohl besonders zu.

 **Buchtipps**

Grenzerfahrungen

Er ist Deutschlands erfahrenster Politiker: Seit fast 50 Jahren gehört Wolfgang Schäuble dem Deutschen Bundestag an. In seinem Buch erkundet er nun politische Grenzerfahrungen und zeigt, wie wir an Krisen wachsen können.

Die Pandemie hat vieles, was uns selbstverständlich erscheint, infrage gestellt. Welchen Preis hat beispielsweise der Schutz des Lebens, wenn zugleich die Grundrechte eingeschränkt werden? Wie balancieren wir die verschiedenen Bedürfnisse in einer Gesellschaft, sodass alte Menschen geschützt und zugleich die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen gewahrt bleiben? Wolfgang Schäuble zeigt Antworten auf und scheut sich nicht, auch unbequeme Debatten anzustoßen.



Wolfgang Schäuble: Grenzerfahrungen. Wie wir an Krisen wachsen. Siedler, 320 Seiten, ISBN: 978-3-8275-0144-8, 24 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie unter dem Betreff „Grenzerfahrungen“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

 **Denksport**

Wer war der Täter?



Fotos: denis_pc, W.Scott McGill / Adobe Stock; Montage: SoVD

Vier Kinder spielen Fußball. Dabei geht eine Scheibe zu Bruch. Sie sollen anhand der Aussagen der Kinder ermitteln, wer geschossen hat. Je nachdem, von welcher der folgenden Voraussetzungen Sie ausgehen, kommen Sie auf unterschiedliche Lösungen:

- Wer war der Täter, wenn nur ein Kind lügt?
 - Wer war der Täter, wenn nur ein Kind die Wahrheit sagt?
- Die Lösung steht wie immer auf Seite 18 dieser Ausgabe.

Buchtipps

Der große Sommer

Friedrich ist sechzehn und ein lausiger Schüler. Weil seine Verletzung gefährdet ist, soll er lernen – den ganzen Sommer über, während seine Familie in den Urlaub ans Meer fährt. Als wäre das nicht genug, soll er ausgerechnet bei seinem strengen Großvater unterkommen, den er bis vor ein paar Jahren noch siezen musste. Friedrich ist entsetzt. Sein einziger Trost ist Beate, das Mädchen in dem flaschengrünen Badeanzug, das er im Freibad kennenlernt. In diesen Wochen erlebt Frieder alles: Freundschaft und Angst, Respekt und Vertrauen, Liebe und Tod. Ein großer Sommer, der sein ganzes Leben prägen wird.



Hellsichtig, klug und stets beglückend erzählt Ewald Arenz von den Momenten, die uns für immer verändern.

Ewald Arenz: Der große Sommer. Dumont, 320 Seiten, ISBN 978-3-8321-8153-6, 20 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns mit dem Betreff oder unter dem Stichwort „Der große Sommer“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

Hätten Sie's gewusst?

Ein Truthahn als Wappentier

Der Weißkopfseeadler ist das Wappentier der Vereinigten Staaten von Amerika. Benjamin Franklin, der am Entwurf der Unabhängigkeitserklärung beteiligt war, passte das überhaupt nicht. Er hielt den Adler charakterlich für ungeeignet, weil dieser anderen Tieren die Beute abjagt. Der Gründungsvater hätte sich ein anderes Tier auf dem Siegel der USA gewünscht, den Truthahn.

Unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung beschloss man, ein Siegel für die neu gegründeten USA in Auftrag zu geben. Mit dem Entwurf hierfür wurde ein Komitee beauftragt, dem auch Benjamin Franklin angehörte. Ein Mythos war dafür verantwortlich, dass bei den Beratungen schnell der Weißkopfseeadler favorisiert wurde. Denn einige dieser edlen Tiere, so die Sage, hätten zu Beginn des Krieges gegen England über den Köpfen der Soldaten gekreist und nach Freiheit geschrien.



Fotos: md3d, veleknez/Adobe Stock; Montage: SoVD

Sein ernster Blick strahlt Würde aus, als Hoheitszeichen aber wäre der Truthahn wohl doch etwas gewöhnungsbedürftig.

Da der Weißkopfseeadler jedoch gerne kleineren Vögeln die Beute wegschnappt, hielt Benjamin Franklin diesen vom Charakter her für ungeeignet. Franklin brachte stattdessen

mit dem Truthahn ein uramerikanisches Tier ins Spiel, das sich noch nicht einmal vor Menschen fürchte. Vergeblich: Letztlich er-

hielt die Optik des Seeadlers dann doch den Vorzug vor dem Mut und der Fairness des Truthahns.

Redensarten hinterfragt

Steht da jemand auf der Leitung?

Stellt sich bei unserem Gegenüber das Verständnis nur sehr zögerlich oder auch gar nicht ein, dann diagnostizieren wir gerne, dass diese Person „auf der Leitung steht“. Entstanden ist diese Redensart mit Beginn der Telekommunikation.

Als die Menschen damit begannen, mithilfe der Technik Gespräche über eine größere Entfernung zu führen, ließ die Qualität dabei nicht selten zu wünschen übrig. Je größer die Distanz zwischen Anrufer und Empfänger, desto schlechter war meist die Verbindung. War der andere kaum zu verstehen oder brach das Gespräch ganz ab, versuchte man, sich das damit zu erklären, dass möglicherweise irgendwo jemand auf der Telefonleitung stünde und dadurch die Übertragung verschlechterte.



Foto: everettovrk / Adobe Stock

„Verzeihen Sie, aber ich kann Sie gerade ganz schlecht verstehen. Möglicherweise steht da jemand auf unserer Leitung.“

Durchaus verbreitet war damals auch die Vorstellung, dass Gesprächsinhalte in ähnlicher Weise durch die Leitung fließen wie Wasser durch ein Rohr. Vor

allem dieses Bild ist wohl dafür verantwortlich, dass sich die entsprechende Redewendung,

man „stehe auf der Leitung“, bis heute in unserem Wortschatz gehalten hat.

Des Rätsels Lösung

Osterrätsel für Kinder (April 2021, Seite 16)

Wenn du richtig gezählt hast, dann bist du auf insgesamt 18 Osterhasen gekommen. Falls du gewonnen hast, bekommst du

in den nächsten Tagen Post von uns!

Wer war der Täter? (Denksport, Seite 17)

Also, für den Fall, dass nur ein

Kind lügt, muss Julian für die kaputte Scheibe aufkommen. Sollten dagegen alle Kinder bis auf eines gelogen haben, kann nur Murat für den Schaden verantwortlich sein.

Variante: LEICHT

7					2	1	9	
	○	2	7					
2			9	5			8	
9	5	6					7	
4		1		5		6	2	
	2		○			8	4	5
	7		8	6			○	1
			3	9				
8	3	9						7

Auflösung des Vormonats

9	4	7	6	3	2	5	1	8
3	8	1	7	5	4	6	2	9
6	2	5	1	9	8	7	3	4
5	3	6	9	8	7	2	4	1
7	1	8	2	4	6	3	9	5
4	9	2	5	1	3	8	7	6
8	6	3	4	2	1	9	5	7
2	5	4	8	7	9	1	6	3
1	7	9	3	6	5	4	8	2

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

6	○			1	8			7	
	4		2		6				
	1	5						4	6
				6		1			
	2		○	4				5	
		3		9					
2	5					6	7		
			3	4			2		
7			6	2			○	1	

Auflösung des Vormonats

2	6	1	5	7	9	3	8	4
9	5	8	3	1	4	7	6	2
4	3	7	8	6	2	1	9	5
6	1	2	4	8	5	9	7	3
7	8	9	1	2	3	5	4	6
3	4	5	6	9	7	8	2	1
1	9	3	7	4	6	2	5	8
5	7	4	2	3	8	6	1	9
8	2	6	9	5	1	4	3	7

Möchten Sie einen unserer Buchpreise gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen (von oben nach unten) und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.



Mit spitzer Feder



Buchtipp

Zeit, endlich zu handeln



Über Menschen

Gemeinsam mit ihrer kleinen Hündin zieht Dora aufs Land. Aber ganz so idyllisch wie gedacht ist Bracken, das kleine Dorf im brandenburgischen Nirgendwo, nicht. Während Dora versucht, die eigenen Gedanken in Schach zu halten, geschehen in ihrer unmittelbaren Nähe Dinge, mit denen sie nicht rechnen konnte. Ihr zeigen sich Menschen, die in kein Raster passen, ihre Vorstellungen und ihr bisheriges Leben aufs Massivste herausfordern und sie etwas erfahren lassen, von dem sie niemals gedacht hätte, dass sie es sucht.



Juli Zeh: *Über Menschen*. Luchterhand Literaturverlag, 416 Seiten, ISBN: 978-3-630-87667-2, 22 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie uns unter dem Betreff „Über Menschen“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Mai.

deshalb, folglich	Stemmwerkzeug	Bergstock bei St. Moritz	Vergeltung üben	Befehlsform von geben	dt. Schauspieler (Horst) † 2008	angesehen	Opernlied	nieders. Stadt am Solling	span.: los!, auf!, hurra!	afrikanisches Furnierholz
Gebäck			3				spaßig, drollig			
von oben her					dt. Schauspieler(in) (Jutta)	Getreideart			handeln	Hautkrankheit
Irland in der Landessprache				Pflanzenkeimzelle			Bote, Ausrufer im Mittelalter	Abkürzung (Kurzform)	1	
		ärmellose Umhang	9		männl. Vorname	Flugzeughalle	10			
schweiz. männl. Vorname	Version eines PC-Programms	Figur aus „Die Zauberflöte“		Konstrukteur				asiat. Buckelrind		Skatenspielart
Einpauker für Studenten					8		ein Bewohner Zentralasiens	Teil des Fußes		
Schwung				Fürst von Monaco	Berielungsgerät	gemäßigt elektron. Fühler			11	
Auszeichnung für die Erstplatzierten	Spülwasser (niederdt.)	vernebelte Flüssigkeit						dt. Autopionier † 1929		6
	7					letzter Durchgang (Sport)				
veraltet: Missetrauen, Bosheit			Vorname des Schauspielers Becker	Verbrecherbande (engl.)		12		Wacholderbranntwein	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ ■ ■ ■ ■ V ■ ■ ■ ■ ■ C ■ ■ ■ ■ ■ P ■ ■ ■ ■ ■ S ■ V E R B I S S ■ H A N D I C A P ■ ■ ■ ■ ■ P U L S ■ T O R R A U M ■ B A R ■ ■ ■ ■ ■ K O R E A ■ A ■ I ■ S A E N ■ F T E ■ ■ ■ ■ ■ Q ■ I ■ D R O S S E L N ■ A ■ U ■ ■ ■ ■ ■ U N B E I R R T ■ W ■ T H E S E ■ ■ ■ ■ ■ N E U E ■ A ■ A A R E ■ I G E N ■ A L T ■ ■ ■ ■ ■ ■ K R A U T ■ J ■ I S E L ■ S ■ I R E ■ ■ ■ ■ ■ ■ U ■ J O H L E ■ B E E T ■ L A E G E L ■ ■ ■ ■ ■ G E J O H L E ■ T E L E ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ R A H E ■ B E T R U G ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ E D I R N E ■ E I K E ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ N E O N ■ L E R N E N ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■	
ugs.: ungeschickt schneiden						4	Saugströmung			
				Frauen-gestalt aus „Don Carlos“					2	
Divisor eines Bruches (Math.)	Gegen-schlag (Boxen)							nordische Hirsch-art		5

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

s11714-0280

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22 - 0, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo/verantwortw.), Joachim Schöne (jos), Brigitte Grahl (bg), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Denny Brückner (Bildbearbeitung), Anna Lehmacher (Redaktionsassistentz). Für Anzeigen und Werbebeilagen ist die Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist im SoVD-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Datenschutz: Der Schutz personenbezogener Daten hat beim Sozialverband Deutschland e.V. oberste Priorität. Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

Anzeigenverwaltung: Agentur Neun GmbH, Pforzheimer Straße 132, 76275 Ettlingen, Telefon: 07243/53 90 120, Mobil: 0179/61 04 719, E-Mail: sovd@agenturneun.de.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug im 1. Quartal 2021 insgesamt 410.253 Exemplare.



Das Lösungswort zum Gewinnen eines Buchpreises bitte bis zum 15. Mai einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzwörterrätsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!



Spenden
Sie unter
www.dkhw.de

Mit Ihrer Hilfe finden Kinder Platz zum Spielen.

Jedes Kind hat das Recht zu spielen und sich zu bewegen.
Aber viel zu oft fehlt es an geeigneten Räumen im Freien.
Wir setzen uns für bessere Spielplätze in Deutschland ein.

Spendenkonto • IBAN: DE23 1002 0500 0003 3311 11 • Bank für Sozialwirtschaft



Deutsches
Kinderhilfswerk



Briefe an die Redaktion

Ungerechte Lastenverteilung

In den vergangenen Wochen erhielten wir wieder zahlreiche Zuschriften unserer Mitglieder. Einige davon zitieren wir hier kurz in Auszügen. Und so erreichen Sie uns: per E-Mail: redaktion@sovd.de; per Post: SoVD, Abteilung Redaktion und digitale Medien, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Alfred M. (Suderburg-Räber) nimmt den Artikel „Beistand nur mit Abstand? Trauer in Zeiten von Corona“ (Soziales im Blick 03 / 2021, Seiten 4 und 5) zum Anlass, uns zu schreiben:

Über den offenen Bericht zu der Bestattungsunternehmerin muss ich Ihnen sagen, dass es ein großartiger, aufklärender und verständlicher Bericht geworden ist. Er geht unter die Haut, aber das ist der Alltag im Umgang mit dem Tod. Danke, dass Sie dieses Thema mit der Bestatterin einmal so offen und ehrlich angegangen sind!

SoVD-Mitglied Georg S. aus Osnabrück hat eine Ergänzung zu der Titelgeschichte „Corona: Lasten ungleich verteilt“ (Soziales im Blick 04/2021, Seiten 1 und 2):

Bei der Aufzählung der Personengruppen, die jetzt durch ein oft sehr niedriges Einkommen besonders betroffen sind, sollten auch die Erwerbsgemindertrentner*innen erwähnt werden. Viele von ihnen sind bei den Verbesserungen von 2019 leer ausgegangen, und auch die neue Grundrente wird vielen nichts bringen. Wie bekannt ist, wird eine Person, die keine 33 Jahre an Grundrentenzeiten vorweisen kann, nicht einen Cent mehr bekommen.

Verschärfend wirkt sich jetzt auch noch der allgemeine Preisanstieg aus. (...) Auch eine politi-



Foto: blvdone / Adobe Stock

In der Aprilausgabe titelten wir „Corona: Lasten ungleich verteilt“. Auch hierzu erreichte uns die Zuschrift eines SoVD-Mitglieds.

sche Entscheidung ist, dass es für Rentner*innen nicht einmal einen Inflationsausgleich geben soll – gerade für Personen mit niedrigem Einkommen ein Desaster.

Angelika B. (Bergen), die sich als Schatzmeisterin in ihrem Ortsverband engagiert, machte uns dagegen auf Dinge aufmerksam, die aus Ihrer Sicht noch verbessert werden könnten:

Zu den Artikeln fehlt für mich jeweils die Lösung des SoVD. Es wird zwar der Mangel angeprangert, die Lösung von Seiten des SoVD oder was eventuell unternommen werden könnte beziehungsweise bereits wird, gibt es selten. (...)

Auch die Ausdrucksweise, ein Mix aus Deutsch und Englisch (Equal Pay, Mentoring, Rock your life, Social Media, Account, Inklusion, Minijobs, liken, Throwback

Thursday, Hotline, E-Paper etc.) sind für unsere doch relativ „alten“ Mitglieder (überwiegend 70–92 Jahre) kaum verständlich. (...)

Grundsätzlich fällt auch die Kritik unseres Lesers Mathias D. (Hamburg) aus:

Gerne bin ich Mitglied Ihres Vereins und weiß Ihre Arbeit zu schätzen. Als zunehmend unleserlich empfinde ich jedoch Ihre Mitgliederzeitung – Sterne, Doppelpunkte, Sprechaussetzer beim Versuch, Maskulinum und Femininum in ein Kunstwort zu pressen. (...) Bitte schauen Sie doch, ob Sie sich nicht nur um die soziale Ausgewogenheit in unserem Land, sondern auch um die Pflege unserer Sprache verdient machen können – mir würde es sehr helfen, sprachlich und inhaltlich am Ball zu bleiben.



Aktuelle Urteile

Was zählt bei Hartz-IV-Bezug als Einkommen?

Das Bundessozialgericht hat sich in mehreren Urteilen mit den Rechten und Pflichten von Empfängern und Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II (auch Hartz IV genannt) beschäftigt. Dabei ging es um Datenschutz, Kredite und Bonuszahlungen.

Jobcenter dürfen Kontoauszüge sehen und über Jahre speichern

Grundsätzlich dürfen Jobcenter, europarechtlich abgesichert, Sozialdaten bis zu zehn Jahre lang speichern oder verarbeiten – vorausgesetzt, das ist „für die Erfüllung der Aufgaben des Jobcenters erforderlich“. Auch muss der Erhebungszweck gewahrt werden. Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass Jobcenter sich deswegen Kontoauszüge einer Hartz-IV-Empfängerin vorlegen lassen und auch (bis auf wesentliche Daten geschwärzt) speichern dürfen. Das gelte jedenfalls dann, wenn keine anderen, die Frau weniger belastenden Mittel zur Verfügung stehen, um herauszufinden, welche Einnahmen sie tatsächlich hat. Das ist erheblich für die Frage, ob Leistungen zustehen und wenn ja, in welcher Höhe (BSG, B 14 AS 7/19 R).

Arbeitslosengeld II darf neben einem privaten Kredit bezogen werden

Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass ein Privatdarlehen „als nur vorübergehend zur Verfügung gestellte Leistung“ nicht als Einkommen bewertet werden dürfe. Das bedeutet, dass ein solches Darlehen bei der Frage nach dem Anspruch auf Arbeitslosengeld II nicht angerechnet werden darf. Denn Hilfebedürftigkeit entfällt nur dann dauerhaft, wenn ein „wertmäßiger Zuwachs zur endgültigen Verwendung verbleibt“, so das Gericht. In dem konkreten Fall ging es um einen privat bei einer Bank aufgenommenen Studienkredit (BSG, B 4 AS 30/20 R).

Ein Sofortbonus vom Stromanbieter wird als Einkommen angerechnet

Wenn jemand Arbeitslosengeld II empfängt und einen „Sofortbonus“ von dem Stromanbieter erhält, zu dem er oder sie gewechselt hat, so darf das Jobcenter diesen Bonus auf die Arbeitslosengeld-II-Zahlung anrechnen. Zwar seien Rückzahlungen von Energielieferanten, die auf Vorauszahlungen beruhen, kein anrechenbares Einkommen. Ein „Sofortbonus“ jedoch, der Neukundinnen und Neukunden unabhängig vom Verbrauch als „Lockmittel“ gezahlt wird, stünde dem oder der Klagenden als Einkommen frei zur Verfügung (BSG, B 4 AS 14/20 R). wb

Übersichtlich und modern: Informationen,
Service und Beratung – alles zum SoVD

www.sovd.de





prima-aktiv.de
Bundesweiter Vorort Service

So schön wird das Frühjahr mit Ihrem Elektromobil

- bis zu 15 km/h
- Beleuchtung inkl. Blinker
- Komfortsitz inkl. Kopfstütze
- Reichweite bis zu 70 km
- wartungsfreie Trockenbatterien



JETZT GRATIS TESTEN

Ohne fremde Hilfe sicher Baden mit Ihrem Badewannenlift

- senkt sich auf den Wannenboden
- ohne Installationsarbeiten
- passt praktisch in jede Wanne



Individuelle Treppenliftberatung

- gerade Treppen
- Kurventreppen / Ein- & Zweirohrsysteme
- Plattformlifte
- Hublifte
- Treppenlifte für innen- & aussen



KOSTENLOSE Infos und Beratung unter:
0800 / 22 32 248

Naturpark Spessart

Barrierefrei | Panoramalage | Lift | Hallenbad Infrarot | Sauna | Dampfbad | Kegelbahn | Biergarten

Staat. anerk. Erholungsort | 90 km Wanderwege Livemusik | Grillen | Bingo | Beste Ausflugsmöglichkeiten, viele EZ. **HP ab 51 €**. *Prospekt anfr.*

Landhotel Spessartruh, Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach
Tel. 09355-7443 | Fax -7300, www.landhotel-spessartruh.de

Teutoburger Wald

Bad Salzufen FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse.
☎ 0 52 22 / 1 52 17 | fewobadsalzufen@gmail.com

Gesucht & Gefunden

Trauerredner (S.-H./HH/Nds.)
„Die letzte Rede muss die schönste sein“
Peter Schölkemann, Tel: 0176 82259594

Treppenlift

Service & Montage übernimmt unser Hersteller
Auch zur Miete
► Service bundesweit
► Kurze Lieferzeiten
► Sehr preiswert
Neu oder gebraucht
Rufen Sie uns kostenlos an
0800 - 55 33 112
www.minova-lift.de

Ihr Anzeigenvermarkter der SoVD Zeitung!

agentur run

- Onlinemarketing
- Mediaplanung
- Kooperationsmarketing

Ansprechpartner:
Agentur Neun GmbH

Anna-Lena Wirsching-Lenz
Pforzheimer Straße 132
76275 Ettlingen
Telefon: 07243/5390-120
E-Mail:
sovd@agenturneun.de

Weserbergland

Hotel-Pension „Resi“ Inh. Markus Weber
Am Kreuzberg 2
37688 Beverungen
Zim. Du/WC, TV, Radio, Tel., teils Balk., Hallenbad, Solar., Liegew.-Terr., Herrf. Rad- u. Wanderw. Hausabholg. mögl. So.-Fr. ÜVP 235,- € p.P. 7 Übernachtungen mit HP 335,- € p.P. im DZ. Weitere Angebote anfr.
☎ 0 52 73 / 13 97 • www.hotel-pension-resi.de

Bayerischer Wald

Das Traumziel für Gruppenreisen



Mariandl SINGENDER WIRT
Musik- & Wellnesshotel
SUPERIOR

Familie Stefan Dietl
Azoplatz 3
94353 Elisabethzell
Tel. 09963/2990 Fax 24 48
info@singenderwirt.de

Den „Singenden Wirt“ und das Schönste der Volksmusik im Bayerischen Wald erleben!

Wir bieten unseren Gästen!
Komfortzimmer mit Du/WC und Sat-TV, traumhaft schöner Wellnessbereich mit Relaxgarten, Hallenbad (32°), Sauna u.v.m. med. Massage und Kosmetik vor Ort buchbar, teilweise Lift, Behindertentoilette, Restaurant im EG, **Saal mit Wintergarten**, Kegelbahn, Reiseleitung und Fahrer frei.

Kulinarische Genüsse!
Jeden Morgen vielseitiges Frühstücksbüfett mit Vollvertecke, Menüwahl, Salat und Nachtschibüfett, wöchentlich bayerisches Schlemmerbüfett und Begrüßungstrunk.

Keine Langeweile!
Bunter Liederabend mit dem „Singenden Wirt“ Stefan, täglich Tanzmusik mit Live Hausbands, bayerischer Brauchtumsabend und von Oktober bis April Starabende mit vielen Stars der Volksmusik, Stefan's geführte Erlebniswanderungen, Ausflugsfahrten im Bayerischen Wald und vieles mehr.



Gepäck- und Kofferservice bei An- und Abreise!

Immer aktuell www.singenderwirt.de

Von Gästen zu einem der 10 beliebtesten 3 Sterne Hotels in Deutschland gewählt!
Gerne unterbreiten wir Ihnen Ihr ganz persönliches und individuelles Angebot!
Wir freuen uns darauf, Sie bei uns zu begrüßen und zu verwöhnen! Ihr freundliches Team vom Hotel Mariandl



5 ÜN pro Person ab 300,- inkl. Halbpension PLUS
mit Frühstücksbüfett, Mittagsimbiss, Kaffee & Kuchen, abends 3 Gänge-Menü
Gr. Hallenbad 32°C, 6 Saunen, Fitness
Urlaubshotel Binder, Alfred Binder
Freihofer Straße 6, 94124 Büchlberg
Tel. 08505 / 90070, info@hotelbinder.de
www.hotelbinder.de

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen:

Privat-, Kontaktanzeigen,
Gewerbliche Anzeigen oder Reiseanzeigen.
Buchung und Beratung unter
07243 / 5390-120

Harz

Ferienhaus im Südharz/Walkenried
Haus am Bergpark, 2-6 Pers. Kinderbett, Sat-TV, Waschmaschine, Balkon, Terrasse, Garage, Tiere willkommen, ab 28,- € für 2 Personen. Katharina Beste, 24376 Kappeln, Grimmsnis 3
T. 04642/910519 Fax 9644990 • www.gastgeber.net/78338.htm E-mail beste-hofelder@t-online.de

Bad Lauterberg FeWo, 50 m², 2-3 Pers. Balkon, TV, ab 25,- €, Gerlach ☎ 0 55 24 / 806 98

Bad Lauterberg 3***FeWo, Kab.-TV, Sep.-Bing., Ruhelage, 2 Pers., ab 30,- €/Tag ☎ 0 55 24 / 16 30

Nord-/ Ostsee

Büsum*, FeWo-2Pers.** 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Kü, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Fahrräder, Stellpl., TV uvm. ☎ 0174/611 3066

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ 048 41 / 6 39 87
www.jacobs-ferienwohnung.de

Urlaub mit dem Hund Ostsee/ Ferienhaus nahe Kiel, Grundstück eingezäunt, Strand ca. 300m, ab € 65,- p.T., ☎ 0170/3501174

Nordseebad Burhave*** FeWo 2P, Hallenbad, barri. Duschbad, Sauna ☎ 04733 - 910 9992

Nord-Ostsee-Kanal! Meist befahrene Wasserstraße der Welt, Fewos, Dachterr., Badese, Hauspr. ☎ 048 35 / 13 00, landhausamgrahof.de

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + UF 20,- €. ☎ 0160 / 171 44 38

(K)urlaub u.a. Rügen, Usedom, Kolberg, Marienbad, 14 Tg., HP, 30 Anwd., Hausabholung ab € 366,- ☎ 05251/390 900, JAWA-Reisen.de (GmbH) Giersstraße 20, 33098 Paderborn

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 048 46 / 29 1

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwohng. strandnah Garten Hunde willkommen freie Termine ab 69 € ☎ 0163/4296397

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 048 34 / 84 93

BÜSUM, ****-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- € ☎ 0 48 34 / 2611 • www.haus-corinna.de

BÜSUM, Fewo für 1-2 Pers., Balkon, Parkplatz, Fahrräder, Brötchenservice, Wäschesche inkl. Ab 27 € p.T., ☎ 04834 32 83

Scharbeutz/Timmendorfer Strand - Fewo 39 bis 69,- € 5 Gehm./Strand - Abb. v. Bhf. • Tel. 04503 - 73 647



Kostenfreie Pflegehilfsmittel

für die häusliche Pflege

Ihr zuverlässiger Lieferant auch in Zeiten der Corona-Pandemie!

Sie pflegen einen Angehörigen mit Pflegegrad? Dann haben Sie einen gesetzlichen Anspruch auf zuzahlungsfreie Pflegehilfsmittel!

Was viele Pflegebedürftige nicht wissen: Mit einem Pflegegrad (1–5) können Sie sich Pflegehilfsmittel, wie z. B. Einmalhandschuhe, Händedesinfektion oder auch Bettschutzunterlagen erstatten lassen.

Mit den zuzahlungsfreien Produkten sollen pflegende Angehörige so finanziell entlastet werden. Monatlich übernimmt die Pflegekasse Kosten in Höhe von bis zu 40 € (zur Zeit 60 €, aufgrund erhöhter Preise für Pflegehilfsmittel wegen der Corona-Pandemie).

Um den Anspruch nutzen zu können, genügt der Antrag von **meinPflegeset**. Um die Bewilligung und Kostenübernahme durch die Pflegekasse kümmern wir uns dann für Sie.

meinPflegeset steht Ihnen in 6 verschiedenen Kombinationen zur Verfügung, zusätzlich können Sie sich Ihr eigenes **meinPflegeset** zusammenstellen – ganz nach Ihren persönlichen Bedürfnissen.

Sie bekommen die gewünschten Hilfsmittel dann jeden Monat pünktlich und ohne Zuzahlung an die von Ihnen gewünschte Adresse geliefert.

Pflegen Sie einen Angehörigen?
Dann nutzen Sie den Anspruch auf kostenfreie Pflegehilfsmittel!

Bis zu **60 €** monatlich

Ihre Vorteile im Überblick

- ✓ Pflegebedürftige mit Pflegegrad haben Anspruch auf kostenfreie Pflegehilfsmittel gemäß § 40 SGB XI
- ✓ In der Regel übernimmt die Pflegekasse die Kosten des monatlichen Pflegesets zu 100%
- ✓ Keine Vertragsbindung
- ✓ Pflegeset jederzeit anpassbar
- ✓ Wir liefern das gewünschte Pflegeset zuverlässig und versandkostenfrei nach Hause

Für Rückfragen sind wir jederzeit gerne kostenfrei unter Tel.: 0800 000 83 64 persönlich für Sie da oder per E-Mail an: kontakt@mein-pflegeset.de

Weitere Infos unter: www.mein-pflegeset.de

Ein Service von: Praxis Partner Fachversand für Arzt- und Laborbedarf GmbH
In den Fritzenstücker 9–11
65549 Limburg



Kräuterhaus Sanct Bernhard www.kraeuterhaus.de Bestell-Telefon: 073 34/96 540



über **115 Jahre**

Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

Grünlippmuschel **TOP**

Neuseeländische Grünlippmuscheln (*Perna canaliculus*) enthalten Glycosaminoglykane (GAG), die beim Menschen natürlicherweise im Bindegewebe, den Gelenkknorpeln und der Gelenkflüssigkeit („Gelenkschmiere“) vorkommen. Jede Kapsel enthält 500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 170 Kapseln € 12,50
Best.-Nr. 1850 340 Kapseln € 23,00



Hyaluronsäure 300mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Bemerkenswert ist ihre Fähigkeit, große Mengen Wasser an sich zu binden. Jede Kapsel enthält 300mg reine Hyaluronsäure und 40mg Vitamin C, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Best.-Nr. 843 120 Kapseln € 24,50
ab 3 Packungen nur € 21,50



Mariendistel-Kapseln

Nur eine gesunde Leber kann die für die Verdauung wichtige Gallenflüssigkeit bilden. Deshalb haben wir dem Stoffkomplex *Silymarin*, *Cholin* hinzugefügt, das nachweislich zu einem normalen Fettstoffwechsel + Erhalt einer normalen Leberfunktion beiträgt.

Best.-Nr. 1811 90 Kapseln für 3 Monate € 12,50
+ 1 Packung GRATIS im Mai 2020!



Vitamin B12 Supra 200µg

Gut für die gesunde Funktion von Gehirn und Nervensystem sowie für mehr Energie. Jede Tablette enthält 200µg Vitamin B12.

Best.-Nr. 118 240 Tabletten für 4 Monate € 6,50
ab 3 Packungen nur € 5,95



TOP Erotisan-Manneskraft Kapseln

Unterstützt die sexuelle Leistungsfähigkeit des Mannes und trägt dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern und Sabalfrüchten + Guarana sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt.

Best.-Nr. 1043 120 Kapseln € 21,50
ab 3 Packungen € 19,00



TOP Magnesium-400-supra

Verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden. Jede Kapsel enthält 400mg reines Magnesium.

Best.-Nr. 129 120 Kapseln für 4 Monate € 8,50
Best.-Nr. 135 300 Kapseln für 10 Monate € 17,50



Gedächtnis-Kapseln mit Ginkgo!

Mit B-Vitaminen, Jod, Zink und Ginkgo-biloba-Extrakt! Wichtig für die Erhaltung von Gedächtnis, Lernfähigkeit und geistiger Fitness ist eine gute Versorgung mit Nährstoffen, die auf die Funktion von Gehirn, Psyche und Nervensystem abgestimmt sind.

Best.-Nr. 81 180 Kapseln € 13,50 ~~11,-~~
ab 3 Packungen nur € 12,00 ~~9,90~~

GRATIS-TEST-Bestell-Coupon hier abtrennen, ausfüllen und einsenden!

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32

auch online einlösbar!

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei***

Vitamin C 600 Supra-Kapseln, 60 Stück

Zur Unterstützung Ihres Immunsystems!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probaset!**

Ich bestelle mit 14-tägigem Rückgaberecht folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96133	Vitamin C 600 Supra-Kapseln	1	GRATIS	
versandkostenfrei				

Alle Informationen zu unseren Produkten unter www.kraeuterhaus.de
Informationen zur Datenverarbeitung unter www.kraeuterhaus.de/datenenschutz

Name, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____
 Datum, Unterschrift _____

Bestellung bitte an:
Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Ditzelbach
Tel.: 073 34/96540
Fax: 073 34/96544
Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

Cosma Shiva Hagen lebt in einem „Mini-Haus“

Weniger ist mehr

Als Schauspielerin mag sie die große Bühne, privat eher klein: Cosma Shiva Hagen bewohnt ein Haus mit nur 47 Quadratmetern. Am 17. Mai feiert die Tochter von Nina Hagen ihren 40. Geburtstag.

Nach diversen Rollen in Serien und Fernsehfilmen war Cosma Shiva Hagen zuletzt in dem Theaterstück „Sternstunden“ zu sehen. Ihre extravaganten Vornamen verdankt sie übrigens ihrer Mutter: Während „Cosma“ auf ein angebliches Ufo-Erlebnis Nina Hagens zurückgeht, bezieht sich „Shiva“ auf die gleichnamige indische Gottheit.

Vergangenes Jahr zog Cosma Shiva Hagen in ein sogenanntes Tiny House („Mini-Haus“). Im Alltag mit weniger Dingen auszukommen, so Hagen, empfinde sie als unglaublich befreiend.



Foto: imago images

Cosma Shiva Hagen braucht nicht viel zu ihrem Glück.

George Clooney wurde mit 56 Jahren Vater

Erfülltes Familienleben

Er gehört zu den großen Stars in Hollywood. Erfüllt habe er sein Leben jedoch erst durch seine Frau und seine Kinder empfunden. Am 6. Mai wird der Schauspieler George Clooney 60 Jahre alt.



Foto: imago images

Seine größte Rolle übernahm George Clooney als Vater.

Als Schauspieler, Regisseur und Produzent hatte er unzählige Erfolge. Insgesamt zwei Mal wurde George Clooney mit dem Oscar ausgezeichnet. Umso überraschender daher die Aussage des Hollywoodstars in einem Interview, sein Leben sei „ziemlich leer“ gewesen. Erst seine Familie habe ihm das bewusst gemacht.

Sein Dasein als Vater genießt Clooney aber noch aus einem anderen Grund: Es mache ihm einfach Spaß, seinen Kindern hin und wieder Dinge beizubringen, die ihre Mutter schockieren.

Ulrike Folkerts wünscht sich mehr Regisseurinnen

Weibliche Perspektive

Seit 1989 spielt sie die „Tatort“-Kommissarin Lena Odenthal. Bei den meist von Männern gemachten Filmen vermisst sie jedoch die weibliche Perspektive. Am 14. Mai wird Ulrike Folkerts 60 Jahre alt.

Auch wenn sie bereits die Hälfte ihres Lebens als Fernsehkommissarin verbrachte, sollte man sie nicht auf diese Rolle beschränken. Ulrike Folkerts spielt nach wie vor Theater und war unter anderem bei den Salzburger Festspielen als erste Frau im „Jedermann“ in der Rolle des Tods zu sehen.

Als Schauspielerin würde sie gerne öfter mit Autorinnen und Regisseurinnen zusammenarbeiten. Nicht, weil diese automatisch besser seien. Eine weibliche Perspektive biete aber oft einen anderen Blick auf die Welt.



Foto: imago images

Ulrike Folkerts wünscht sich bei ihrer Arbeit mehr Vielfalt.

ZDF zeigt Fernsehfilm „An seiner Seite“ mit Senta Berger am 10. Mai um 20.15 Uhr

Was im Leben wirklich zählt

Am 13. Mai feiert die Schauspielerin Senta Berger ihren 80. Geburtstag. Aus diesem Anlass zeigt das ZDF den Film „An seiner Seite“. Darin spielt die gebürtige Österreicherin eine Frau, die ihr Leben der Karriere ihres Mannes untergeordnet hat. Erst der Besuch eines Fremden rüttelt sie auf.

Charlotte Kler (Senta Berger) führt ein privilegiertes Leben. An der Seite ihres Mannes ist sie rast- und ruhelos um die Welt gereist. Noch nie hat sie ihr Dasein hinterfragt. Das ändert sich, als eines Tages der Witwer Martin Scherer (Thomas Thieme) an ihrer Tür klingelt. Er bittet sie um ein wenig Erde aus dem Garten. Diese sei für das Grab seiner Frau, die in dem Haus aufgewachsen ist. Der bodenständige Bademeister bringt Charlotte dazu, erstmals darüber nachzudenken, was im Leben wirklich zählt.



Foto: Hendrik Heiden/ZDF

V. li.: Schauspielgrößen wie Senta Berger, Peter Simonischek und Thomas Thieme machen „An seiner Seite“ zu einem Erlebnis.

Medienberichte spekulieren über die Rolle von Lena Meyer-Landrut als Mutter

Mit Babytrage durch Berlin?

Sie gibt nur wenig über ihr Privatleben preis und kommentiert auch keine Schlagzeilen über sich. Das Internetportal „bild.de“ will sie mit einer Babytrage in Berlin gesehen haben. Ob nun Mutter oder nicht: Am 23. Mai feiert die Sängerin Lena Meyer-Landrut ihren 30. Geburtstag.

Regelmäßig belegte Deutschland bei dem Liederwettbewerb „Eurovision Song Contest“ die hinteren Plätze. Dann trat 2010 die damals erst 19-jährige Lena Meyer-Landrut mit ihrem Lied „Satellite“ an – und sorgte für eine Sensation. Seither etablierte sie sich als Sängerin und veröffentlichte mehrere Alben.

In einem früheren Interview einmal zu ihrer möglichen Rolle als Mutter befragt, sagte Lena Meyer-Landrut, sie würde es gelassen angehen und alles auf sich zukommen lassen. Das klingt nach einem guten Plan.



Foto: imago images

Sicher ist, dass dieses Foto Lena Meyer-Landrut in Berlin zeigt. Private Details über die Sängerin dagegen bleiben Spekulation.

Till Brönner sorgt sich angesichts der Corona-Einschränkungen um Kunst und Kultur

Mit dem Rücken zur Wand

Der Jazz-Trompeter Till Brönner sorgt sich in Zeiten von Corona um Kulturschaffende. Die Branche stünde „mit dem Rücken zur Wand“. Angesichts dieser düsteren Aussichten hält zumindest der 6. Mai ein erfreuliches Ereignis bereit. An diesem Tag feiert Till Brönner seinen 50. Geburtstag.

Till Brönner ist als Musiker und als Fotograf aktiv. Er selbst, so Brönner im Deutschlandfunk, könne die Pandemie als Gutverdiener überstehen. Für viele seiner Kolleginnen und Kollegen sehe das jedoch anders aus.

Er zweifele nicht an, dass die einschränkenden Maßnahmen medizinisch wichtig seien. Die lange Schließung („Lockdown“) ließe jedoch eine ziemlich marode Kulturlandschaft zurück. Brönner fordert daher von der Politik Hilfsangebote, die nicht an der Lebenswirklichkeit der Betroffenen vorbeigehen.



Foto: imago images

Till Brönner kritisiert halbherzige Corona-Überbrückungshilfen. Der Kulturbereich sei kein Luxus, sondern ein Wirtschaftszweig.